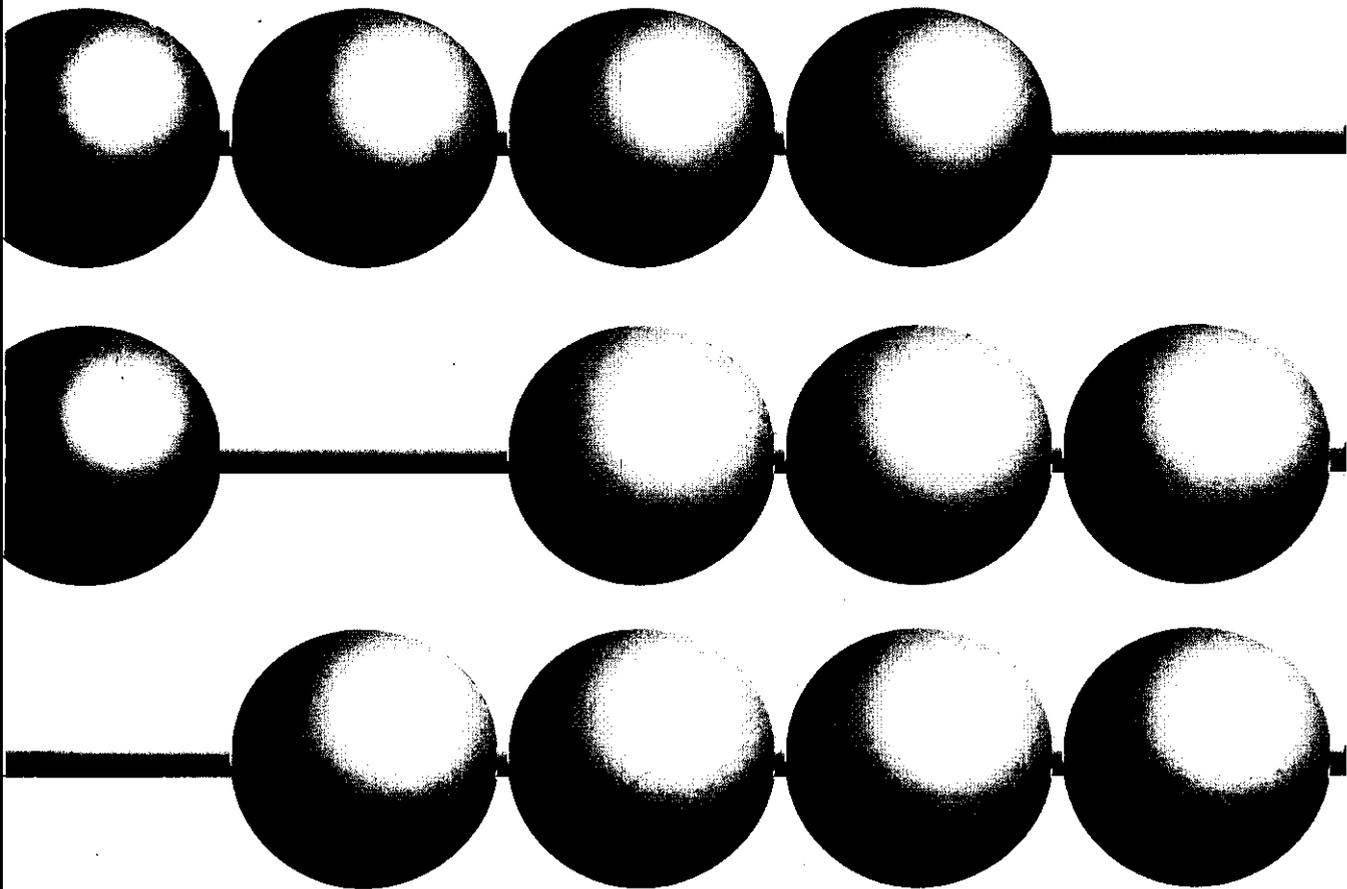


**Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein**
Bibliothek
Standort Kiel

45. Jahrgang, Heft 7
Juli 1993

Einbürgerungen
Landeshaushalt 1993
Buchbesprechung

Statistisches
Landesamt
Schleswig-Holstein



**Statistische Monatshefte
Schleswig-Holstein**

Impressum

Herausgeber:
Statistisches Landesamt
Schleswig-Holstein
Postfach 1141
24100 Kiel

Telefon (0431) 6895-0
Telefax (0431) 6895 498
Btx * 444 50 #

Schriftleitung:

Bernd Struck
App. 286

Vertrieb:
App. 280

Druck:

Hugo Hamann, Kiel

Gedruckt auf chlorfrei
gebleichtem Papier

Erscheinungsfolge monatlich

Auflage 700

Einzelheft DM 3,--
Jahresbezug DM 30,--

Nachdruck,
auch auszugsweise,
nur mit Quellenangabe
gestattet.

Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

45. Jahrgang

Heft 7

Juli 1993

INHALT

Kurz gefaßt 118

Aufsatz

Einbürgerungen 1981 bis 1991 120

Buchbesprechung

Portrait der Regionen erschienen 130

Grafik

Landeshaushalt 1993 124

Entwicklung im Bild 131

Beilage

Zahlenbeilage

HIV-Sterbefälle 1992

Nach der Todesursachenstatistik 1992 starben 38 Schleswig-Holsteiner an einer HIV-Infektion, zwei weniger als 1991. Darunter waren 34 Personen, die an AIDS verstarben, drei weniger als 1991.

Seit Beginn der Aufzeichnungen im Jahre 1985 sind nunmehr 175 Schleswig-Holsteiner einer HIV-Infektion erlegen.

Beginnend mit dem Jahr 1989 weist die Statistik die Todesursache AIDS gesondert aus; seither sind 118 Schleswig-Holsteiner an dieser Ursache gestorben. Im Vergleich dazu weist die auf freiwilligen Meldungen beruhende Erhebung des Bundesgesundheitsamtes für den gleichen Zeitraum lediglich 53 an AIDS verstorbenen Einwohner des Landes aus.

Bauhauptgewerbe im ersten Quartal 1993

Mit Beginn der Bausaison im März 1993 stieg die Beschäftigtenzahl im Bauhauptgewerbe um 1,8 % gegenüber dem Vormonat auf knapp über 44 000 Personen an. Durchschnittlich waren im 1. Vierteljahr 1993 jedoch mit 43 504 Personen nur 0,3 % mehr beschäftigt als im Vergleichszeitraum des Vorjahres.

Mit 12 Mill. Arbeitsstunden in den ersten drei Monaten dieses Jahres ging die Leistung auf Baustellen, vorwiegend bedingt durch eine geringere Zahl von Arbeitstagen sowie die ungünstigen Witterungsverhältnisse, im Vorjahresvergleich um 8,1 % zurück. Vom Rückgang der geleisteten Arbeitsstunden waren die einzelnen Bauarten fast gleichmäßig betroffen. Der Wohnungsbau kam auf 5,0 Mill. Arbeitsstunden (-8,2 %), der Wirtschaftsbau auf 3,6 Mill. Arbeitsstunden (-7,2 %) und der öffentliche und Verkehrsbau auf 3,2 Mill. Arbeitsstunden (-9,0 %).

Die verminderte Baustellenleistung kommt auch in den im 1. Quartal 1993 erzielten Umsätzen zum Ausdruck. Insgesamt wurde in diesem Zeitraum ein baugewerblicher Umsatz von 1,1 Mrd. DM erreicht, das sind 1,7 % weniger als ein Jahr zuvor. Lediglich der Umsatz im Wohnungsbau lag mit 453 Mill. DM (+5,4 %) über dem Vorjahresergebnis, während der Umsatz im Wirtschaftsbau um 11,1 % auf 327 Mill. DM und der Umsatz im Öffentlichen und Verkehrsbau um 0,3 % auf 314 Mill. DM zurückging.

Die in der Auftragsstatistik gemeldeten Werte der ersten drei Monate dieses Jahres lassen jedoch für die Bausaison 1993 einen positiven Verlauf erwarten. Der Auftragseingang bei Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten stieg bis Ende März um 12,7 % auf

930 Mill. DM. Getragen wird diese Entwicklung von der Zunahme der Auftragseingänge im Wohnungsbau (+18,0 % auf 255 Mill. DM) sowie im Wirtschaftsbau (+21,4 % auf 330 Mill. DM). Die Auftragseingänge im Öffentlichen und Verkehrsbau stiegen dagegen vergleichsweise nur gering um 2,3 % auf 344 Mill. DM. Durch die im 1. Quartal 1993 verhaltene Bautätigkeit, bei gleichzeitig vermehrtem Zugang an Neuaufträgen, stieg der Auftragsbestand zum 31. März dieses Jahres auf 1,6 Mrd. DM, das sind 17,7 % mehr als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres und 22,0 % mehr als Ende 1992.

Kaufwerte für landwirtschaftliche Grundstücke fielen auch 1992

Der durchschnittliche Kaufwert eines Hektars landwirtschaftlicher Fläche betrug 1992 15 430 DM. Damit wurde der Durchschnittswert von 1991 um 7 % unterschritten, gegenüber 1990 betrug der Rückgang 18 %.

Mit 1 735 erfaßten Veräußerungsfällen an Flächen ohne Gebäude und ohne Inventar wurden rund 5 % mehr Fälle registriert als im Vorjahr.

Insgesamt wechselten 9 160 ha Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung ohne Gebäude und ohne Inventar den Eigentümer, dies waren rund 5 % mehr Fläche als vor Jahresfrist.

In den einzelnen Kreisen und Naturräumen des Landes verlief die Kaufwertentwicklung sehr unterschiedlich. Während in den Marschgebieten die höchsten Rückgänge registriert wurden, waren die Kaufwertverluste in der Vorgeest und im Hügelland geringer. In der Lecker Geest betrug der durchschnittliche Kaufwert 10 000 DM, demgegenüber in der gleichen Zeit im Hamburger Ring 28 730 DM.

Weitere Ergebnisse werden in Kürze im Statistischen Bericht (M 17 - j 92) "Kaufwerte landwirtschaftlicher Grundstücke in Schleswig-Holstein 1992" veröffentlicht.

Güterumschlag in den Seehäfen 1991 gesunken

In den schleswig-holsteinischen Häfen wurden im Jahre 1991 von der See- und Binnenschifffahrt 34,1 Mill. t Güter umgeschlagen. Gegenüber 1990 verringerte sich damit der Güterumschlag um 289 t oder 1 %.

Von den zehn wichtigsten Häfen behauptete Lübeck mit einem Güterumschlag von 11,8 Mill. t (- 8 %) die Spitzenposition. Der Umschlag in Brunsbüttel (9,2 Mill. t), der überwiegend aus Erdöl und Mineralöl-erzeugnissen besteht, stieg gegenüber 1990 um 191 000 t (+ 2 %). An dritter Stelle lag der Hafen Puttgarden mit 5,5 Mill. t (+ 9 %). Den Umschlag steigern konnten auch die Häfen Flensburg (+ 8 %) und Kiel (+ 15 %).

Umschlagverluste mußten die Häfen Heiligenhafen (- 2 %), Wedel (- 5 %), Neustadt (- 12 %), Husum (- 14 %) und Rendsburg (- 19 %) hinnehmen.

An erster Stelle der umgeschlagenen Güter lag die Gütergruppe "Fahrzeuge, Maschinen, sonstige Halb- und Fertigwaren, besondere Transportgüter" mit 10,3 Mill. t (- 1,2 %). Es folgten die Abteilungen "Erdöl, Mineralöl-erzeugnisse, Gase" mit 8,0 Mill. t (+ 4,3 %), "Chemische Erzeugnisse" mit 3,6 Mill. t (- 2,7 %), "Land- und forstwirtschaftliche Erzeugnisse" mit 3,1 Mill. t (- 3,8 %), "Steine und Erden" mit 2,5 Mill. t (- 4,8 %), "Andere Nahrungsmittel" mit 2,2 Mill. t (+ 12,8 %), "Eisen, Stahl und NE-Metalle" mit 1,7 Mill. t (+ 3,8 %), "Feste mineralische Brennstoffe" mit 1,5 Mill. t (- 21,3 %) sowie "Düngemittel" mit 1,1 Mill. t (- 4,9 %).

Einbürgerungen 1981 bis 1991

In der aktuellen öffentlichen Diskussion über die Ausländerpolitik und über das Asylrecht wird häufig die Frage gestellt, wie viele Menschen die Bevölkerung in Deutschland von außen aufzunehmen in der Lage ist. Bei dem, was man unter dem Begriff der Integration von Ausländern subsumiert, spielen auch Fragen des Staatsangehörigkeitsrechts eine Rolle. So wird zur Zeit stark diskutiert, ob Ausländer die deutsche Staatsangehörigkeit unter bestimmten Bedingungen beschleunigt erwerben können und ob man zulassen soll, daß Ausländer Deutsche werden können, ohne ihre bisherige Staatsangehörigkeit aufzugeben.

In diesem Zusammenhang kann es von Interesse sein, nach welchem Recht in Deutschland bisher eingebürgert worden ist und in welchem Umfang davon in Schleswig-Holstein Gebrauch gemacht worden ist. Als Indikator für die Bereitschaft und Fähigkeit unserer Gesellschaft, Ausländer zu integrieren, ist die Zahl der Einbürgerungen allerdings nur wenig tauglich, denn allein mit dem formalrechtlichen Akt, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben, ist dies nicht zu erreichen.

Schleswig-Holstein ist nach wie vor das Land mit dem geringsten Ausländeranteil unter den alten Bundesländern. Am 31. Dezember 1991 lebten nach der Fortschreibung des Bevölkerungsstandes 111 300 Ausländer im Lande, was einem Anteil von 4,2 % an der Gesamtbevölkerung entspricht. Bei einem Bevölkerungsanteil Schleswig-Holsteins am Bundesgebiet (Gebietsstand 3. 10. 1990) von 3,3 % wohnten lediglich 1,9 % aller in Deutschland lebenden Ausländer in Schleswig-Holstein, darunter laut Ausländerzentralregister 37 000 mit türkischer, 8 000 mit polnischer, 6 600 mit jugoslawischer¹ und 5 900 mit dänischer Staatsangehörigkeit. Ferner lebten 12 700 asiatische und 6 200 afrikanische Staatsbürger im Lande.

Bevor nun zunächst auf das Einbürgerungsrecht eingegangen wird, sei kurz die bevölkerungsstatistische Arithmetik verdeutlicht: Zur Bevölkerung gehören Deutsche und Ausländer. Sie verändert sich durch Zu- und Fortzüge und durch Sterbefälle und Geburten. Einbürgerungen wirken nicht auf den Stand der Bevölkerung, sie verändern nur die Relation der deutschen zur ausländischen Bevölkerung.

1) Staatsangehörigkeit wie im Register geführt

Rechtliche Grundlagen

Die rechtlichen Grundlagen für die Einbürgerungsverfahren finden sich im wesentlichen im Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz (RuStAG)² und im (1.) Gesetz zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit (StaRegG)³. Ferner gelten Einbürgerungsrichtlinien⁴ für Einbürgerungen im Ermessenswege und weitere ergänzende Vorschriften. Nach den gesetzlichen Regelungen werden zwei Kategorien von Einbürgerungen unterschieden:

Zu den **Einbürgerungen im Ermessenswege** zählen die von Ausländern mit Wohnsitz im Inland (§ 8 RuStAG) und die Einbürgerungen ausländischer Ehegatten von Deutschen (§ 9 RuStAG). Die Voraussetzungen für diese Art der Einbürgerung sind, daß der Antragsteller sich im Inland niedergelassen hat, unbeschränkt geschäftsfähig ist, einen unbescholtenen Lebenswandel führt, seine Wohnung am Ort der Niederlassung hat, fähig ist, sich und seine Angehörigen zu unterhalten und grundsätzlich aus der bisherigen Staatsangehörigkeit ausscheidet. Zur Einordnung in die deutschen Lebensverhältnisse ist ferner ein langjähriger Aufenthalt im Inland von in der Regel mindestens zehn Jahren nachzuweisen, bei der Einbürgerung von Ehegatten genügen in der Regel fünf Jahre. Ermessenseinbürgerungen sind ferner Einbürgerungen von ehemaligen Deutschen ohne Niederlassung im Inland (§ 13 RuStAG), wobei — abgesehen vom Ort der Niederlassung — dieselben Voraussetzungen wie bei Einbürgerungen von Ausländern gelten.

Anspruchseinbürgerungen sind im wesentlichen solche nach § 6 StaRegG. Nach dieser Vorschrift müssen die Antragsteller eingebürgert werden, die nach Artikel 116 Abs. 1 Grundgesetz Deutsche sind, ohne die deutsche Staatsangehörigkeit zu besitzen. Eine Einbürgerung erfolgt nicht, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, die innere oder äußere Sicherheit der Bundesrepublik oder eines deutschen Landes sei gefährdet. Nach Artikel 116 Abs. 1 Grundgesetz ist Deutscher, wer als Flüchtling oder Vertriebener deut-

2) Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz vom 22. Juli 1913 (RGBl. I S. 583), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Neuordnung des Internationalen Privatrechts vom 25. 7. 1986, BGBl. I S. 1142

3) Gesetz zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit vom 22. Februar 1955 (BGBl. I S. 65)

4) Einbürgerungsrichtlinien, RdSchr. BMI vom 15. 12. 1977 (GMBl. 1978 S. 16)

scher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling im Gebiet des Deutschen Reiches nach dem Stand vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat. Unter diese Regelungen fallen insbesondere die in der Bundesrepublik aufgenommenen Aussiedler aus Osteuropa, denn sie sind überwiegend Deutsche im Sinne des Grundgesetzes, weil sie als deutsche Volkszugehörige oder deren Ehegatten oder Abkömmlinge durch ihre "Aufnahme" die Rechtsstellung als Deutsche (ohne deutsche Staatsangehörigkeit) erlangen.

Des weiteren müssen deutsche Volkszugehörige, die nicht Deutsche im Sinne des Grundgesetzes sind, unter bestimmten, in den §§ 8, 9 und 11 StaRegG genannten Voraussetzungen auf Antrag eingebürgert werden.

Außerdem sind frühere deutsche Staatsangehörige, denen zwischen dem 30. Januar 1933 und dem 8. Mai 1945 aus politischen, rassistischen oder religiösen Gründen die Staatsangehörigkeit entzogen worden ist, und ihre Abkömmlinge auf Antrag gemäß Artikel 116 Abs. 2 Satz 1 Grundgesetz wieder einzubürgern.

Nach § 10 RuStAG ist ferner das nichteheliche minderjährige Kind eines Deutschen einzubürgern, sofern eine nach deutschen Gesetzen wirksame Feststellung der Vaterschaft erfolgt ist und das Kind seit 3 Jahren seinen dauernden Aufenthalt im Inland hat.

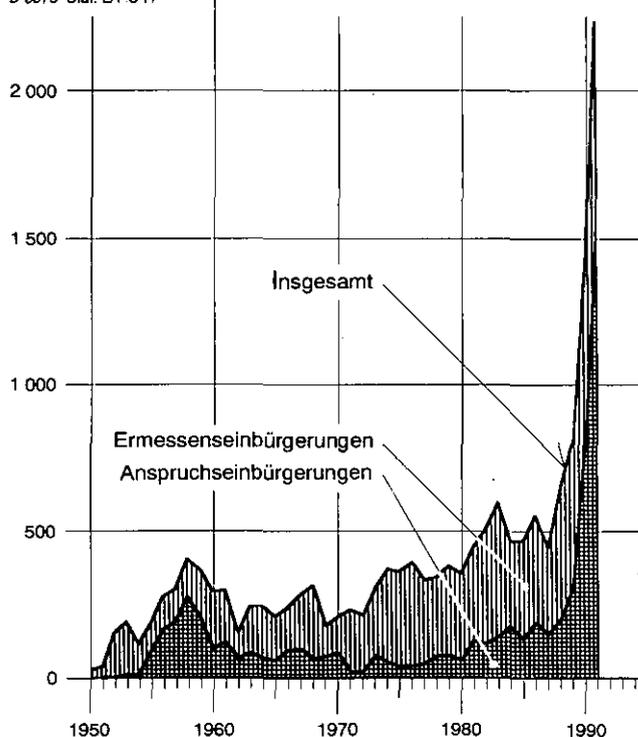
Der Vollständigkeit halber ist ferner auf die Einbürgerungsart **durch Erklärung** hinzuweisen. Aufgrund Artikel 3 des Gesetzes zur Änderung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes (RuStAÄndG)⁵ konnten alle Kinder, die nach dem 31. März 1953 aber vor Inkrafttreten des Gesetzes (1. Januar 1975) in Ehen zwischen einer deutschen Mutter und einem Ausländer geboren wurden, die deutsche Staatsangehörigkeit durch einfache Erklärung erwerben. Dieses spezielle Erklärungsrecht konnte nur bis zum Ablauf von drei Jahren nach Inkrafttreten des Gesetzes in Anspruch genommen werden. In Schleswig-Holstein wurden auf dieser Rechtsgrundlage in den Jahren 1975 bis 1980 3 240 Personen eingebürgert. In den Tabellen und Grafiken dieses Aufsatzes sind diese Einbürgerungen nicht enthalten.

Mit der Verabschiedung des Ausländergesetzes (AuslG)⁶ wurden ab 1. Januar 1991 zusätzliche Regelungen für **erleichterte Einbürgerungen junger Ausländer** (§ 85 AuslG) sowie für **erleichterte Einbürgerungen von Ausländern mit langem Aufenthalt** (§ 86 AuslG) rechtswirksam. Nach § 85 AuslG sind auf Antrag

16 - 22jährige Ausländer in der Regel einzubürgern, wenn sie die bisherige Staatsangehörigkeit aufgeben oder verlieren, sich seit acht Jahren rechtmäßig gewöhnlich im Bundesgebiet aufhalten, sechs Jahre lang eine Schule im Bundesgebiet, davon mindestens vier Jahre eine allgemeinbildende Schule, besucht haben und nicht wegen einer Straftat verurteilt worden sind. Nach § 6 AuslG sind Ausländer, die seit 15 Jahren ihren rechtmäßigen gewöhnlichen Aufenthalt im Bundesgebiet haben und bis zum 31. Dezember 1995 die Einbürgerung beantragen, in der Regel einzubürgern, wenn die bisherige Staatsangehörigkeit aufgegeben oder verloren wird, keine Verurteilung wegen einer Straftat vorliegt und der Lebensunterhalt auch für unterhaltsberechtigten Familienangehörigen ohne Sozial- und Arbeitslosenhilfe bestritten werden kann. Ehegatten und minderjährige Kinder können miteingebürgert werden, auch wenn sie sich weniger als 15 Jahre im Bundesgebiet aufhalten. Mit diesen Regelungen soll — wie es der Abschnittitel des Gesetzes vorweg bezeichnet — die Integration der Ausländer in die deutsche Gesellschaft durch erleichterte Verfahren beschleunigt werden, und es wird allgemein erhofft, daß Ausländer von den neuen Möglichkeiten Gebrauch machen. Die Einbürgerungsstatistik wird für 1992 Daten hierüber durch genaue Abfrage der neuen Rechtsgründe liefern, was im übrigen für Verfahren nach anderen Rechtsgründen im einzelnen nicht geschieht. Für 1991 sind Einbürgerungen dieser Art als Ermessenseinbürgerungen gezählt.

Einbürgerungen in Schleswig-Holstein

D 6073 Stat. LA S-H



5) Gesetz zur Änderung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 20. Dezember 1974 (BGBl. I S. 3714)

6) Gesetz über die Einreise und den Aufenthalt von Ausländern im Bundesgebiet vom 9. 7. 1990 (BGBl. I S. 1354)

**Zahl der Einbürgerungen
seit 1945 tendenziell gestiegen**

Seit Ende des Zweiten Weltkrieges wurden in Schleswig-Holstein 16 600 Personen eingebürgert, also durchschnittlich 360 pro Jahr. Die Einbürgerungen nach Artikel 3 RuStAÄndG (Einbürgerungen durch Erklärung) sind dabei nicht berücksichtigt. 62 % der Einbürgerungen waren Ermessenseinbürgerungen. Lediglich in den Jahren 1956 bis 1959 und neuerdings in den Jahren 1990 und 1991 wurden mehr Anspruch als Ermessenseinbürgerungen gezählt. Bundesweit erwarben im gleichen Zeitraum 1 291 800 Personen die deutsche Staatsangehörigkeit, d. h. die schleswig-holsteinischen Einbürgerungen hatten daran einen Anteil von 1,3 %. Dieser niedrige Wert erklärt sich zum einen aus der geringen Zahl von Ausländern im Lande, die für Ermessenseinbürgerungen in Frage kommen, andererseits hat Schleswig-Holstein bis heute nur stark unterdurchschnittlich Aussiedler aufgenommen, die den überwiegenden Teil der Anspruchseinbürgerungen ausmachen. Bundesweit verhalten sich Anspruchseinbürgerungen zu Ermessenseinbürgerungen nämlich im Vergleich zu Schleswig-Holstein umgekehrt, und zwar im Verhältnis 2 : 1.

Die Zahl der Einbürgerungen hat seit Beginn ihrer Nachweisung steigende Tendenz: In den 50er Jahren waren es 2 100, in den 60er 2 500, in den 70er 3 100 und in den 80er Jahren 5 200. Während die Zahl der Ermessenseinbürgerungen in den gleichen Zeitabschnitten von 1 100 über 1 600 und 2 600 auf 3 600 stieg, waren die Anspruchseinbürgerungen von 1 000 in den 50er Jahren über 900 und 500 in den nächsten beiden Dekaden zunächst rückläufig und stiegen erst danach in den 80er Jahren deutlich an auf 1 600.

**Einbürgerungen in Schleswig-Holstein
in ausgewählten Jahren 1960 bis 1990**

Jahr	Anspruchseinbürgerungen	Ermessenseinbürgerungen	Insgesamt	Davon von		
				Männern	Frauen	Jugendlichen
1960	102	195	297	86	81	130
1965	62	151	213	53	76	84
1970	88	122	210	73	71	66
1975	40	320	360	118	65	177
1980	60	293	353	165	143	45
1985	132	328	460	163	179	118
1990	777	620	1 397	558	528	311

1) und Heranwachsende. Bis 1975 Personen unter 21 Jahre, danach Personen unter 18 Jahre

**Von 1981 bis 1991
fast 8 500 Einbürgerungen**

Von den 16 600 Einbürgerungen seit Kriegsende fanden 8 487, also gut die Hälfte, im Zeitraum 1981 bis 1991 statt. Innerhalb dieser elf Jahre waren es 1981 mit 439 am wenigsten, dagegen wurden 1991 2 214 Verfahren abgeschlossen. Diese kräftige Aufwärtsentwicklung begann etwa 1988 mit einer deutlich ansteigenden Zahl von Anspruchseinbürgerungen, aber auch die Ermessenseinbürgerungen erfuhren einen kräftigen Zuwachs. 3 830 Einbürgerungen (45 %) erfolgten auf Anspruch, 4 657 im Wege des Ermessens (55 %). Die Anspruchseinbürgerungen haben innerhalb der letzten 10 Jahre deutlich an Gewicht gewonnen, was auf den allgemeinen Anstieg der Aussiedlerzuwanderungen zurückzuführen ist. Je mehr Aussiedler aufgenommen werden, desto größer ist die Zahl der Anspruchseinbürgerungen. Die Zahl der jährlich ausgesprochenen Ermessenseinbürgerungen schwankt stark, was auch an unterschiedlicher Dauer der Verfahren liegen kann, seit 1988 steigt aber auch sie stetig. Auch 1991 wurden mehr Ermessenseinbürgerungen als im Vorjahr gezählt, was möglicherweise seine Ursache in den Regelungen der erleichterten Einbürgerung nach 85 und 86 AuslG hat. Nach Angaben des Innenministeriums Schleswig-Holsteins wurden nach diesen Grundlagen 336 Einbürgerungen durchgeführt, der Zuwachs an Ermessenseinbürgerungen gegenüber 1990 beträgt jedoch lediglich 74. Hiernach wird deutlich, daß mit den neuen Rechtsgrundlagen wahrscheinlich nicht ausschließlich zusätzliche neue Einbürgerungsmöglichkeiten geschaffen worden sind, sondern manche Verfahren, die auch nach den bereits vorhandenen Rechtsgrundlagen hätten abgewickelt werden können, jetzt nach den neuen Regelungen vollzogen werden.

**Einbürgerungen in Schleswig-Holstein
1981 bis 1991 nach der Art**

Jahr	Anspruchseinbürgerungen	Ermessenseinbürgerungen
1981	129	310
1982	117	383
1983	140	448
1984	175	286
1985	132	328
1986	188	357
1987	148	292
1988	202	441
1989	302	498
1990	777	620
1991	1 520	694

In den Jahren seit 1981 wurden etwa soviele Männer wie Frauen eingebürgert; durchschnittlich waren 51 % der Eingebürgerten Männer und 49 % Frauen. Bei den Ermessenseinbürgerungen war das Verhältnis 52 % zu 48 %, unter den Anspruchseinbürgerungen waren Männer und Frauen relativ genau gleich vertreten. Die Anteile schwanken von Jahr zu Jahr, ohne daß eine allgemeine Richtung zu erkennen wäre. Weil etwas mehr Männer als Frauen eingebürgert werden, wird der Frauenüberschuß in der deutschen Bevölkerung — Ende 1991 waren 51 % Frauen — und gleichzeitig der Männerüberschuß in der ausländischen Bevölkerung — Ende 1991 waren 54 % Männer — tendenziell leicht abgebaut. Hierzu tragen allerdings nur die Ermessenseinbürgerungen bei, da die meisten im Anspruchswege eingebürgerten Personen entsprechend einem Erlaß des Innenministeriums des Landes Schleswig-Holstein melderechtlich und somit in der bevölkerungsstatistischen Erfassung auch vor ihrer Einbürgerung schon als Deutsche gezählt haben dürften und deshalb ein Wechsel der Staatsangehörigkeit bei ihrer Einbürgerung nicht stattfindet.

36 % der seit 1981 eingebürgerten Personen waren verheiratet, 57 % ledig, 4 % geschieden und 2 % verwitwet. Im Vergleich dazu waren Ende 1991 von der schleswig-holsteinischen Bevölkerung 48 % verheiratet (Ende 1980 waren es ebenfalls 48 % gewesen), 39 % ledig (40 %), 5 % geschieden (3 %) und 9 % verwitwet (9 %). Unter den auf Anspruch eingebürgerten Personen waren mehr verheiratet und weniger geschieden als unter denen, die auf dem Wege des Ermessens eingebürgert wurden. Die Anteile lediger und verwitweter Personen waren dagegen nahezu identisch.

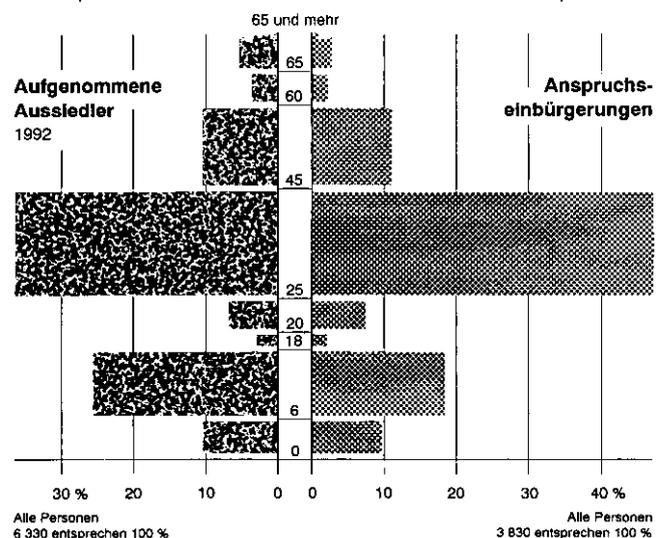
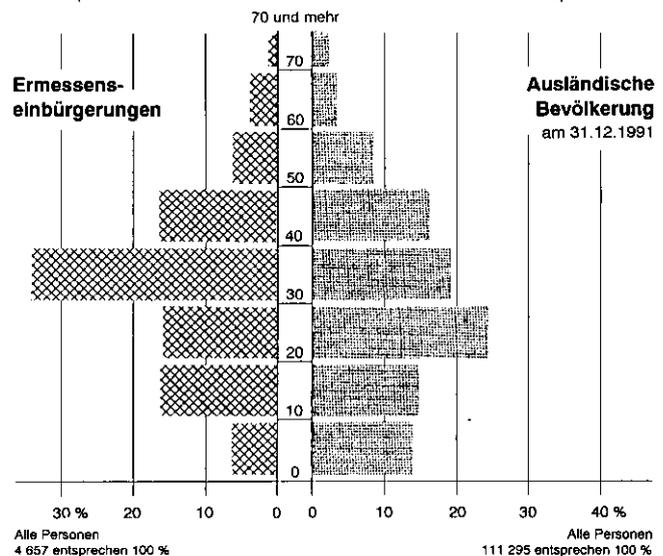
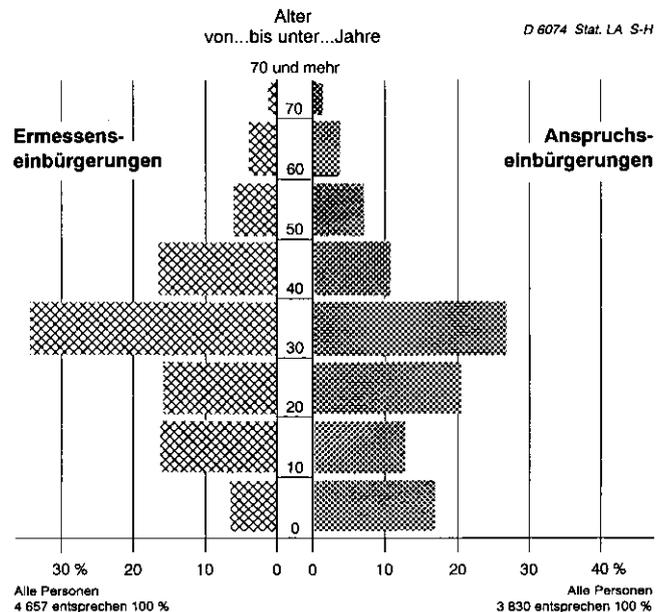
Einbürgerungen in Schleswig-Holstein 1981 bis 1991 nach dem Familienstand der Person in %

Einbürgerungsart	Verheiratet	Ledig	Geschieden	Verwitwet	Insgesamt
Anspruchseinbürgerungen	39	57	3	2	100
Ermessenseinbürgerungen	35	58	6	2	100
Insgesamt	36	57	4	2	100

In der Gliederung nach dem Alter der in den Jahren 1981 bis 1991 eingebürgerten Personen war die Gruppe der 30- bis unter 40jährigen mit 31 % die größte, gefolgt von den 20- bis unter 30jährigen mit 18 % und den 10- bis unter 20jährigen mit 15 %. 5 % waren 60 Jahre und älter, 11 % jünger als 10 Jahre. Die Grafik zeigt deutliche Unterschiede in der Altersstruktur zwischen Anspruchs- und Ermessenseinbürgerungen.

Die Altersgruppen 10 bis unter 20 Jahre, 30 bis unter 40 Jahre und 40 bis unter 50 Jahre sind bei Ermes-

Einbürgerungen in Schleswig-Holstein 1981 bis 1991 nach dem Alter





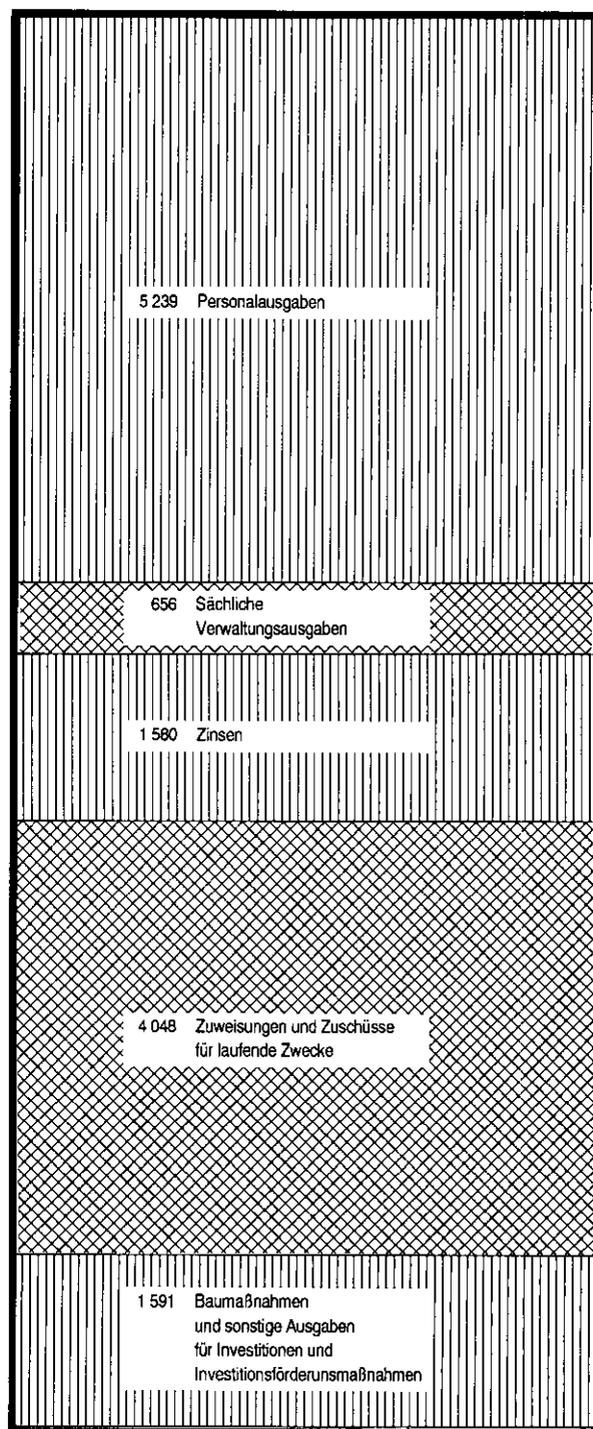
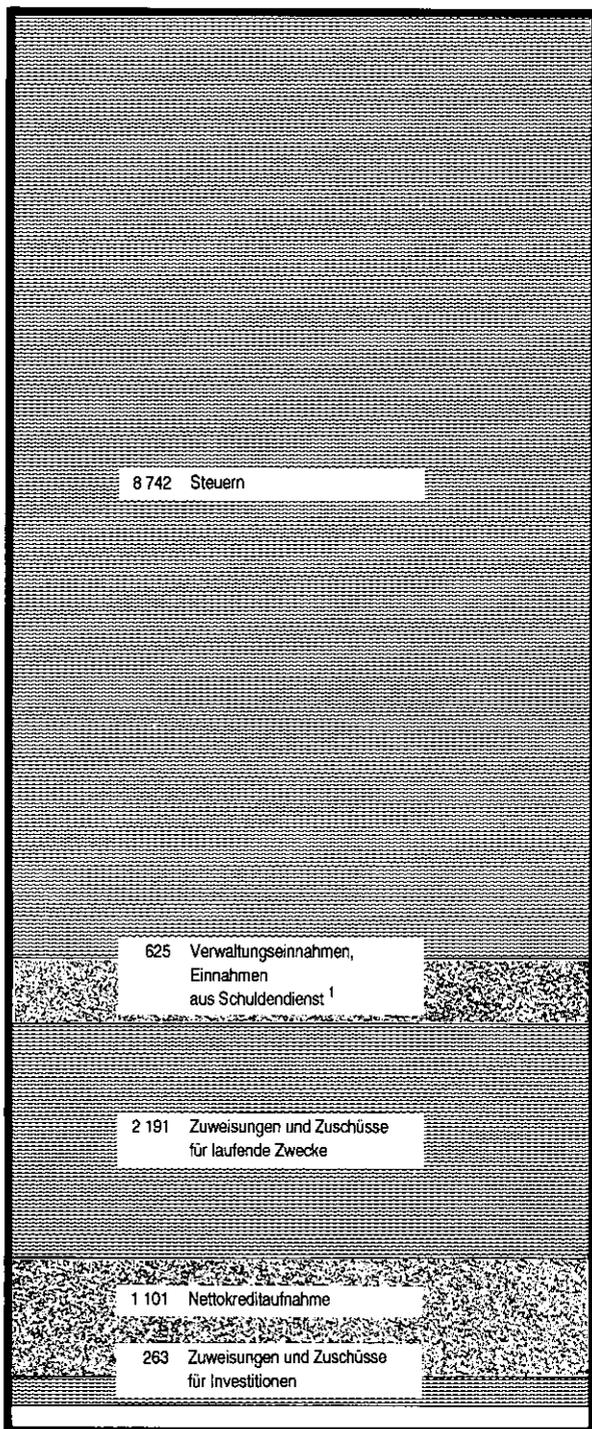
Landeshaushalt 1993

in Millionen DM

13 137

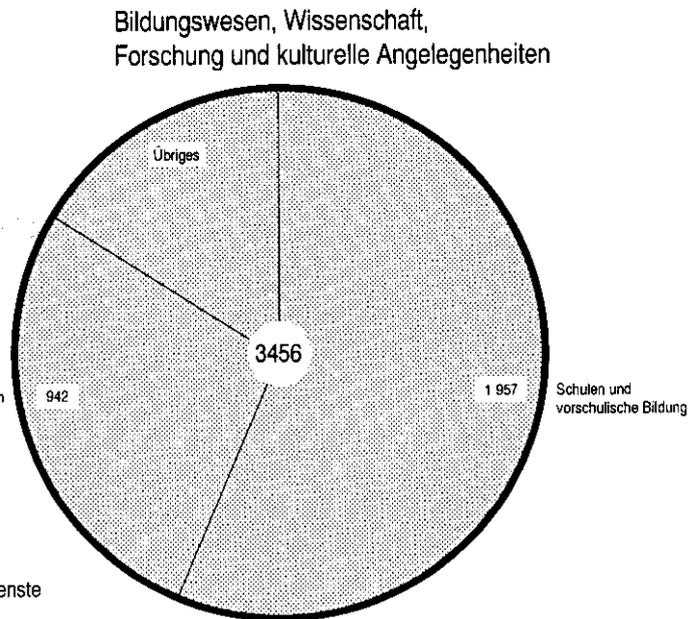
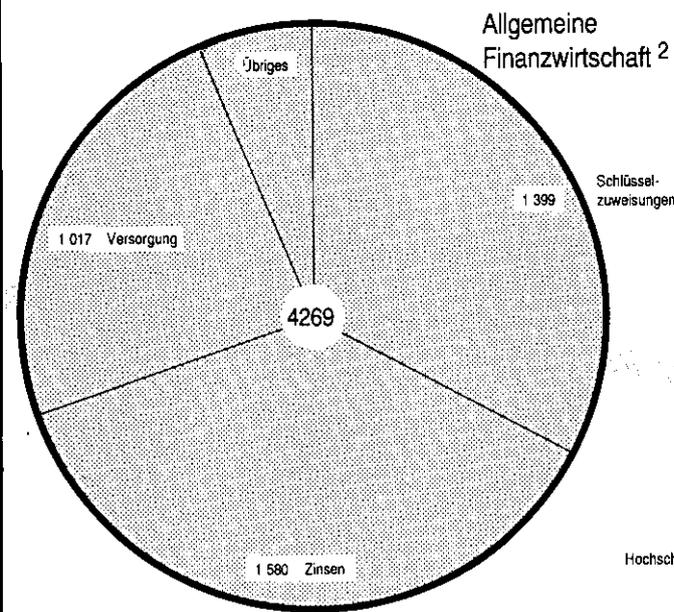
Einnahmen

Ausgaben²



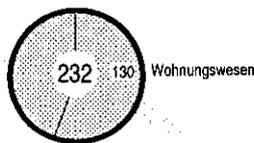
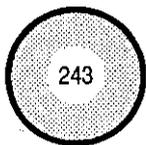
1) einschli. s
2) ohne Aus
am Kredit
und Deck

Ausgaben nach dem Aufgabenbereich



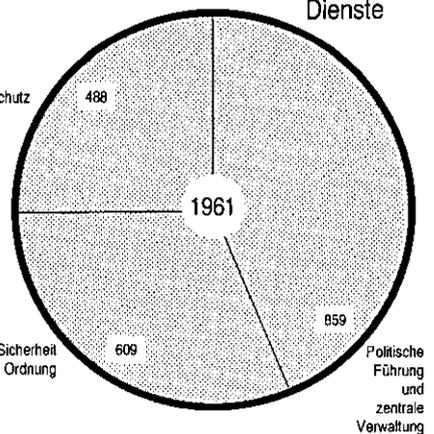
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste

Gesundheit, Sport und Erholung

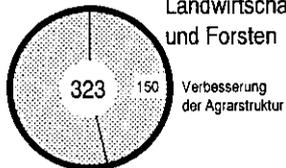


Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen

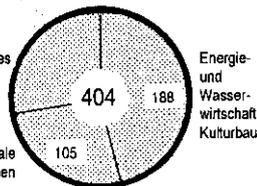
Allgemeine Dienste



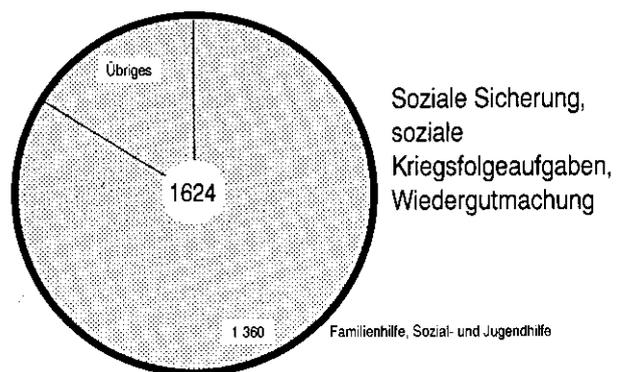
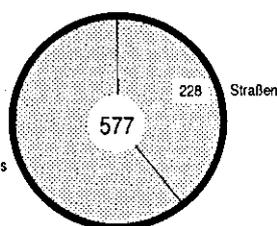
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten



Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen



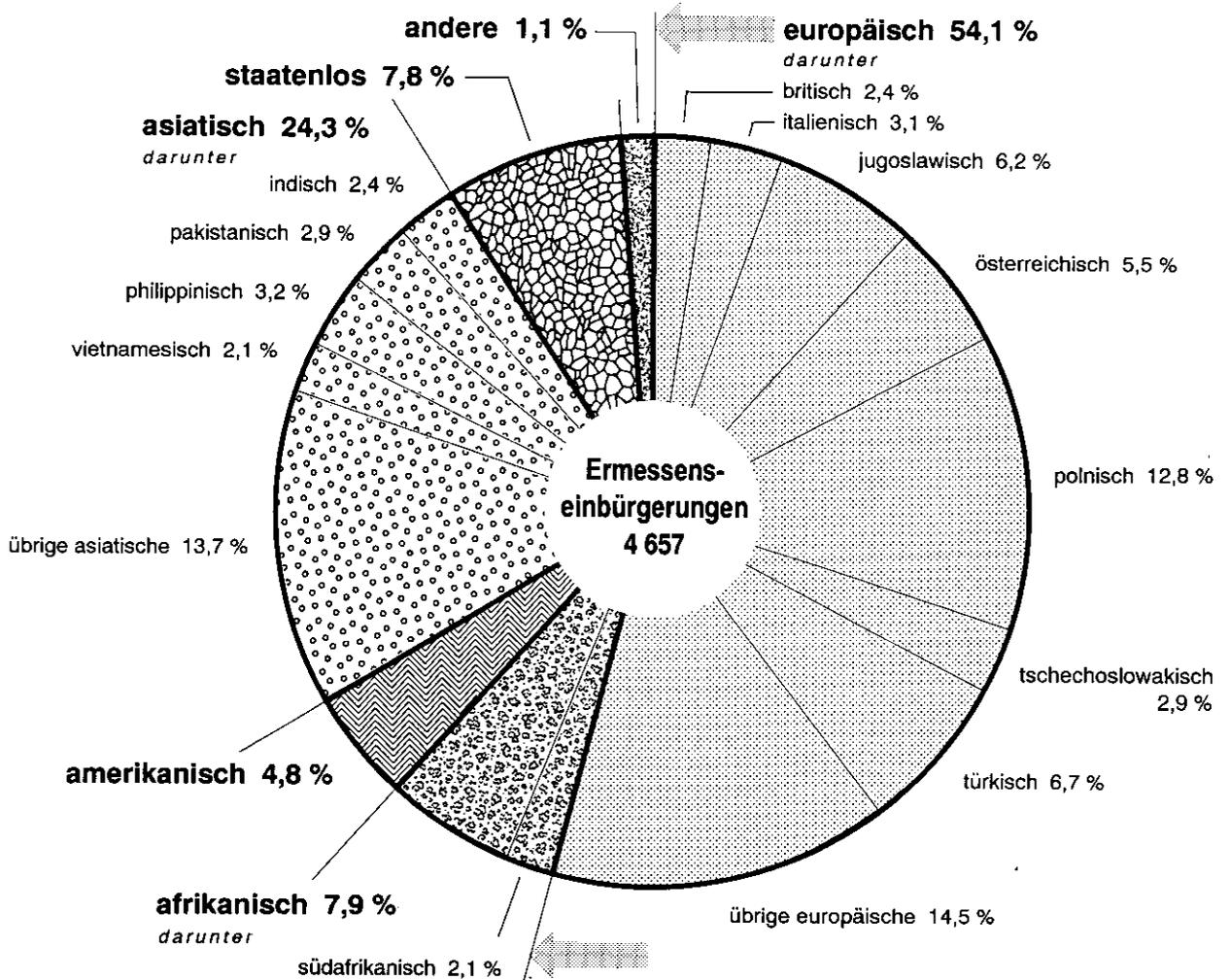
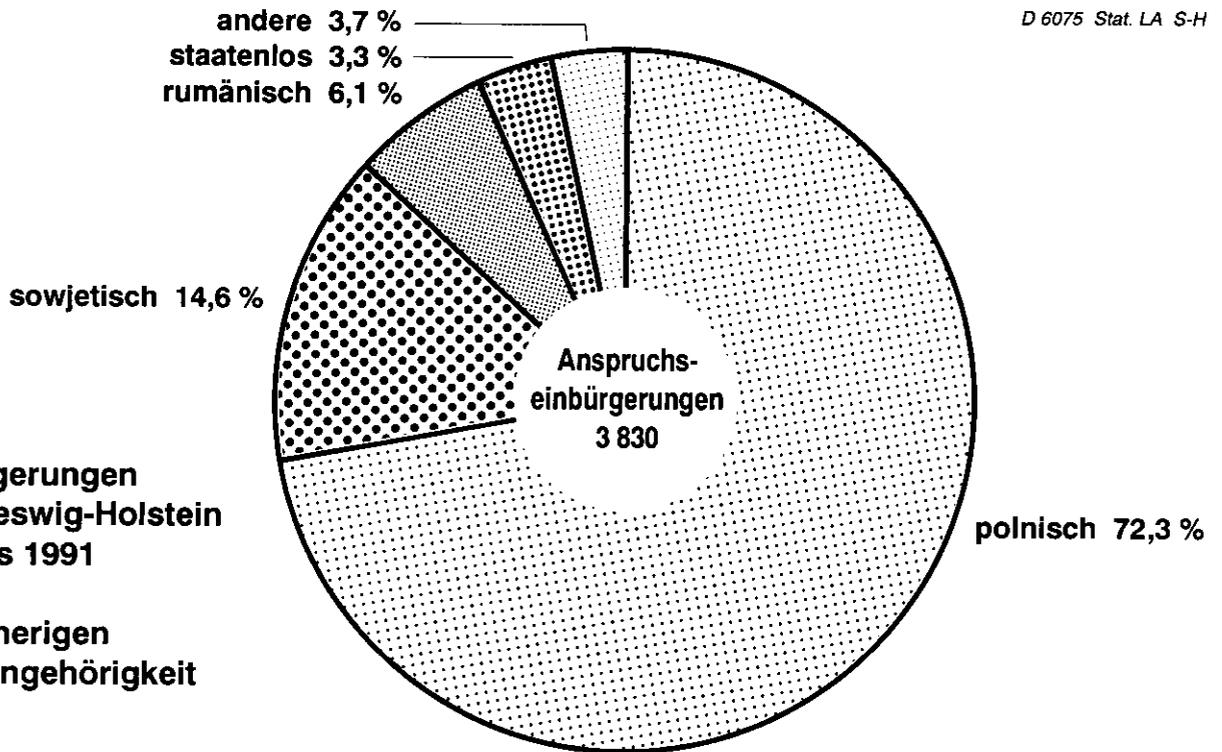
Verkehrs- und Nachrichtenwesen



Abgaben
 Identifizierung
 ung an Rücklagen
 enmäßigen Fehlbetrages

D 6072 Stat.LA S-H

**Einbürgerungen
in Schleswig-Holstein
1981 bis 1991
nach
der bisherigen
Staatsangehörigkeit**



senseinbürgerungen relativ stärker vertreten als bei Anspruchseinbürgerungen, die Altersgruppen bis unter 10 Jahre und 20 bis unter 30 Jahre sind bei Anspruchseinbürgerungen absolut und relativ stärker vertreten. Ursache hierfür könnte sein, daß sich die eingebürgerten Familien in ihrer typischen Alterszusammensetzung unterscheiden. Bei Ermessenseinbürgerungen könnten wegen der Mindestaufenthaltsdauer ältere Familien mit älteren Kindern stärker vertreten sein, dafür bei den Anspruchseinbürgerungen jüngere Familien mit jüngeren Kindern, weil es diese Voraussetzung hier nicht gibt. Diese These zu prüfen ist aber vom Datenmaterial her nicht möglich. In den Altersgruppen ab 50 Jahre finden sich keine nennenswerten Unterschiede.

Die Grafik stellt ferner zum Vergleich die ausländische Bevölkerung Ende 1991 den Ermessenseinbürgerungen sowie die im Jahre 1992 aufgenommenen Aussiedler den Anspruchseinbürgerungen gegenüber, wobei von vornherein mit voneinander abweichenden Verteilungen zu rechnen ist. Die besonders augenfälligen Abweichungen in der Altersstruktur der Ermessenseinbürgerungen gegenüber der ausländischen Bevölkerung dürften auf den langjährigen Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland als Voraussetzung für eine Einbürgerung zurückzuführen sein. Insofern erklärt sich z. B., daß die Gruppe der 30- bis unter 40jährigen unter den Eingebürgerten stark überrepräsentiert ist. Hingegen findet sich auch nach eingehenden Recherchen keine plausible Erklärung für die Altersunterschiede zwischen den Eingebürgerten aufgrund eines Anspruchs und der Aussiedlerpopulation des Jahres 1992. Möglicherweise sind die in Schleswig-Holstein im Jahre 1992 aufgenommenen Aussiedler nicht repräsentativ für den Zeitraum 1981 bis 1991; gleichwohl ist die Differenz z. B. im Anteil der Altersgruppen 6 bis unter 18 Jahre sowie 25 bis unter 45 Jahre von einer Größe, die eine besondere Ursache hierfür erwarten läßt.

Bisherige Staatsangehörigkeiten

Auch nach der bisherigen Staatsangehörigkeit der Eingebürgerten unterscheiden sich Anspruchs- und Ermessenseinbürgerungen erheblich, weshalb beide Kategorien gesondert betrachtet werden müssen.

Weil Anspruchseinbürgerungen überwiegend solche deutscher Volkszugehöriger sind, sind die Staatsangehörigkeiten der Verbreitungsgebiete der deutschen Volkszugehörigen dominierend. 72,3 % der 1981 bis 1991 Eingebürgerten hatten die polnische Staatsangehörigkeit, 14,6 % die sowjetische und 6,1 % die rumänische. Lediglich 3,6 % der Eingebürgerten hatten andere bisherigen Staatsangehörigkeiten als die zuvor genannten, 3,7 % waren staatenlos. Die Zahl der Einbürgerungen aus der polnischen Staatsan-

gehörigkeit ist seit 1981 ständig gestiegen, während die aus rumänischer und sowjetischer Staatsangehörigkeit bis zum Jahre 1988 keine besondere Entwicklungen erkennen lassen. Ab 1989 mit Öffnung des "Eisernen Vorhangs" und erleichterten Ausreisebedingungen gab es einen deutlichen Schub bei allen drei genannten Staatsangehörigkeiten: Waren es 1981 lediglich 105 Eingebürgerte, so waren es 1989 277, 1990 767 und im Jahre 1991 1 460. 1991 wurden also 14 Mal so viele Personen dieser Gruppe eingebürgert wie 1981.

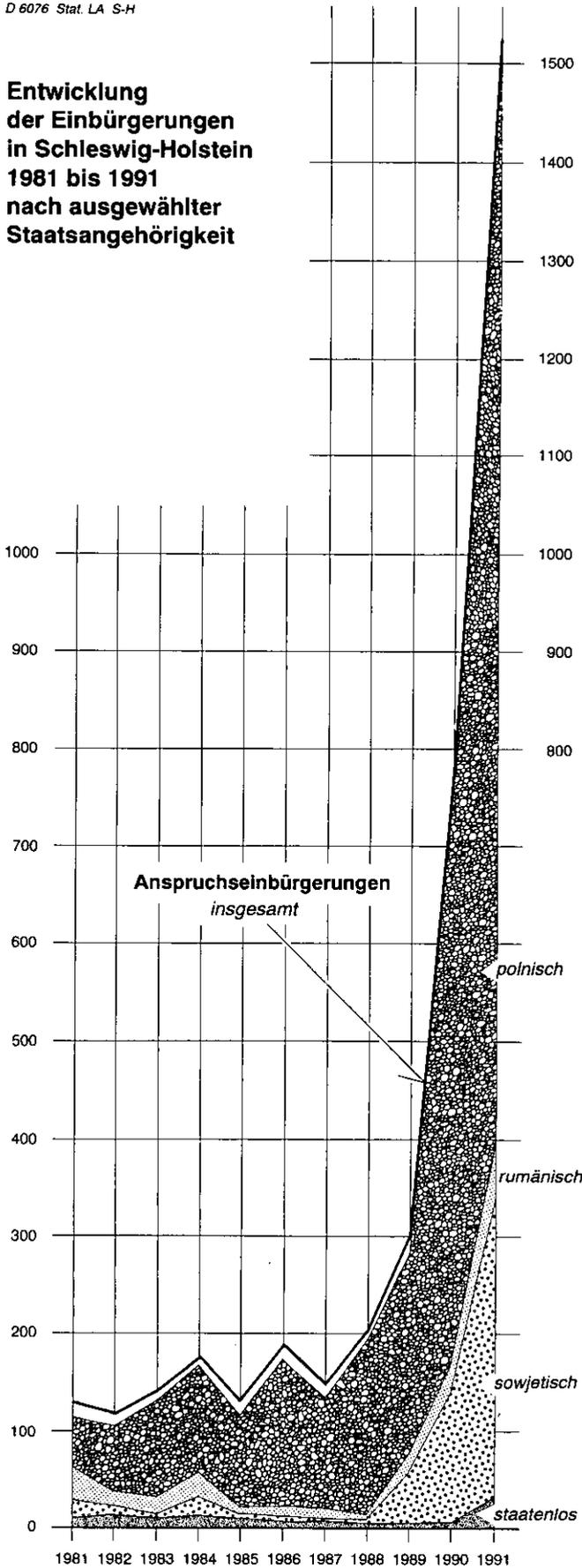
Bei Ermessenseinbürgerungen, also den eigentlichen Einbürgerungen von Ausländern, kommt im Gegensatz zu den Anspruchseinbürgerungen eine Vielfalt der bisherigen Staatsangehörigkeiten vor. Reichlich die Hälfte der von 1981 bis 1991 eingebürgerten Ausländer hatte bis zur Einbürgerung eine europäische Staatsangehörigkeit, darunter 13 % die polnische, 7 % die türkische, jeweils 6 % die jugoslawische und die österreichische. Ehemalige Hauptanwerbeländer für Gastarbeiter fallen ins Auge, wenn auch nicht alle vertreten sind. Knapp ein Viertel der Eingebürgerten hatten früher eine asiatische Staatsangehörigkeit, angeführt von der philippinischen und der pakistanischen mit jeweils 3 %. Afrikanische Staatsangehörigkeiten hatten einen Anteil von 8 %, ebenso Einbürgerungen aus der Staatenlosigkeit.

Mit Unterbrechungen in den Jahren 1984 und 1987 ist die Zahl der Ermessenseinbürgerungen seit 1981 stets gestiegen, besonders stark jedoch seit 1988. Von 1988 bis 1991 betrug der Zuwachs gar knapp 60 %. Die Entwicklung wird vor allem durch Einbürgerungen aus ehemals europäischer, darunter insbesondere aus polnischer, sowie asiatischer Staatsangehörigkeit getragen. Einbürgerungen aus afrikanischer Staatsangehörigkeit haben in den Jahren 1990 und 1991 stark zugenommen, die aus türkischer Staatsangehörigkeit auffällig im Jahr 1991. Möglicherweise macht sich bei letzterer die seit Januar 1991 bestehende Möglichkeit der erleichterten Einbürgerung bemerkbar. Eine Analyse der Entwicklung hinsichtlich der einzelnen Staatsangehörigkeiten gestaltet sich jedoch schwierig, weil oftmals pro Jahr nur einzelne oder wenige Einbürgerungen stattfanden oder starke, nicht erklärbare Schwankungen vorkommen. Deshalb wurden in der Grafik nur Staatsangehörigkeiten, die von 1981 bis 1991 einen Anteil von mehr als 5 % hatten, oder Staatsangehörigkeiten nach Kontinenten dargestellt.

Mit Blick auf die eingangs angesprochene Integration von Ausländern in die hiesige Gesellschaft soll hier versucht werden, Einbürgerungshäufigkeiten nach ausgewählten früheren Staatsangehörigkeiten darzustellen. Dazu wurde die jahresdurchschnittliche Zahl der Ermessenseinbürgerungen aus den beiden Jahren 1990 und 1991, in denen es eine sprunghafte Entwick-

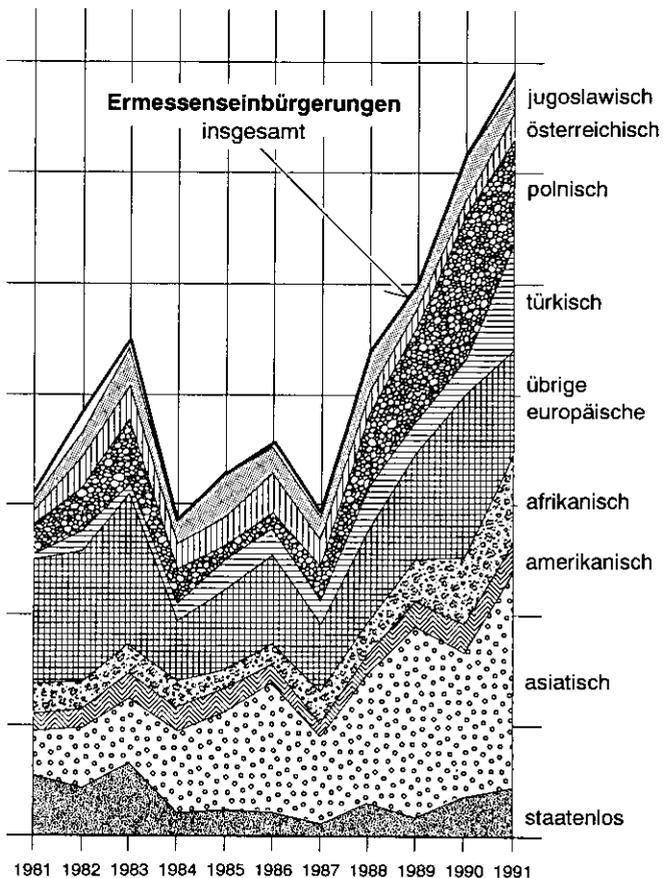
D 6076 Stat. LA S-H

Entwicklung der Einbürgerungen in Schleswig-Holstein 1981 bis 1991 nach ausgewählter Staatsangehörigkeit



lung gab, zur mittleren ausländischen Bevölkerung des Jahres 1991 in Beziehung gesetzt. Diese Durchschnittsbetrachtung soll Zufallsschwankungen einigermaßen ausgleichen. Die Tabelle zeigt, daß in Schleswig-Holstein im Durchschnitt der Jahre 1990 und 1991 jährlich 6,2 Ermessenseinbürgerungen je 1 000 Ausländer stattfanden. Nach einzelnen Staatsangehörigkeiten betrachtet ergibt sich eine große Spannweite in dieser Häufigkeit von z. B. 1,7 bei der türkischen Staatsangehörigkeit und 37,8 % bei der vietnamesischen. Hinter diesen großen Unterschieden dürfte sich eine Vielzahl verschiedener Ursachen verbergen. Die hohen Werte bei den dargestellten asiatischen Staatsangehörigkeiten könnten auf relativ regelmäßige Einbürgerung ausländischer Ehegatten zurückzuführen sein. Andererseits könnte die niedrige Ziffer bei der türkischen Staatsangehörigkeit für ein hohes Beharrungsvermögen im eigenen Kulturkreis sprechen.

Da — wie angemerkt — bei Ermessenseinbürgerungen immer eine lange Aufenthaltsdauer Voraussetzung ist, hängt davon entscheidend auch die Einbürgerungshäufigkeit der verschiedenen Ausländergruppen ab. Auch deshalb sollte sich eine Analyse der Häufigkeitsziffern auf eine möglichst lange Zeitreihe stützen. Dazu müßte man dann zweifellos auch genauer auf die sozio-demografische Struktur der Ausländergruppen eingehen, denn diese sind hinsichtlich der Bestim-



Einbürgerungshäufigkeit in Schleswig-Holstein 1990/1991 nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten

Bisherige Staatsangehörigkeit	Mittlere ausländische Bevölkerung 1991 ¹	Ermessenseinbürgerungen	
		Jahresdurchschnitt 1990/1991	je 1 000 Ausländer (Spalte 2 ./ Spalte 1)
Europäisch	352	84 072	4,2
darunter			
britisch	13	2 857	4,6
italienisch	8	3 663	2,2
jugoslawisch	33	6 116	5,4
österreichisch	19	2 723	7,0
polnisch	114	8 605	13,2
türkisch	63	36 082	1,7
Afrikanisch	70	5 160	13,6
Amerikanisch	27	3 449	7,8
Asiatisch	162	11 900	13,6
darunter			
indisch	15	754	19,9
pakistanisch	18	831	21,7
philippinisch	28	980	28,6
vietnamesisch	25	661	37,8
Staatenlos	40	685	8,4
Insgesamt	657	106 318	6,2

1) Ergebnisse des Ausländerzentralregisters

mungsfaktoren des Einbürgerungswunsches durchaus verschieden in ihrer Zusammensetzung. All dieses würde den Rahmen dieses Beitrages jedoch sprengen.

Fortschreibung des Bevölkerungsstandes

Der Bevölkerungsstand wird auch in der tiefsten regionalen Gliederung auf Ebene der Gemeinden nach der Staatsangehörigkeit getrennt für Deutsche und Nichtdeutsche fortgeschrieben. Insofern muß eine Veränderung der Staatsangehörigkeit z. B. durch eine Einbürgerung in diese Fortschreibung einfließen, damit die Relation deutsche/nichtdeutsche Bevölkerung richtig dargestellt wird. Bis zur Volkszählung 1987 waren Veränderungen der Staatsangehörigkeit nicht berücksichtigt worden, so daß sich auch aus diesem Grund herausstellte, daß die Zahl der Ausländer nach der noch auf der Volkszählung von 1970 beruhenden Bevölkerungsfortschreibung gegenüber dem Zählergebnis von 1987 kräftig überhöht war.

Seit Beginn der Bevölkerungsfortschreibung auf Basis der Volkszählung 1987 versucht das Statistische Landesamt, Wechsel der Staatsangehörigkeit vollständig zu erfassen und als Veränderung in die Fortschreibung einfließen zu lassen. Dafür werden nicht Angaben aus der Einbürgerungsstatistik, sondern besondere Meldungen über Staatsangehörigkeitswechsel genutzt, die die Meldebehörden an das Statistische Landesamt geben, wenn sich eine dort gespeicherte Staatsangehörigkeit z. B. von ausländisch auf deutsch ändert.

Dieser Verfahrensweg hat den Vorteil, daß eingebürgerte Personen, die melderechtlich schon mit ihrer neuen Staatsangehörigkeit erfaßt sind, richtigerweise nicht noch einmal statistisch umgesetzt werden und daß andere, nicht auf dem Einbürgerungsrecht beruhende Veränderungen der Staatsangehörigkeit in den Melderegistern (z. B. durch Korrekturen) bei der Fortschreibung der Bevölkerung berücksichtigt werden. Seit der Volkszählung 1987 wurden auf diesem Wege in der Bevölkerungsfortschreibung knapp 8 000 Fälle des Staatsangehörigkeitswechsels verarbeitet, d. h. diese ursprünglich als Ausländer gebuchten Personen wurden zur deutschen Staatsangehörigkeit umgesetzt.

Unter diesen 8 000 Umsetzungen waren etwa 2 500 Ermessenseinbürgerungen. Bei den übrigen Umsetzungen handelte es sich größtenteils um Aussiedler, insbesondere aus dem polnischen Raum, die vor allem in den Jahren 1988 bis 1990 unmittelbar nach Schleswig-Holstein kamen, melderechtlich und statistisch in die Bevölkerungsfortschreibung als Ausländer eingingen und erst durch ein später durchgeführtes Aufnahmeverfahren als deutsche Volkszugehörige anerkannt wurden, was dann zu einer Veränderung der Staatsangehörigkeit im Melderegister und in der Statistik führte. Den 5 500 übrigen Umsetzungen seit 1987 stehen allerdings nur knapp 3 000 Anspruchseinbürgerungen, also überwiegend Aussiedler, gegenüber, was bestätigt, daß es problematisch wäre, zur Fortschreibung des Bevölkerungsstandes nach der Staatsangehörigkeit auf die Anspruchseinbürgerungen zurückzugreifen.

In den Anspruchseinbürgerungen sind einerseits nämlich mit Sicherheit nicht alle Personen enthalten, für die ein Wechsel der Staatsangehörigkeit statistisch vollzogen werden müßte, da ein Antrag auf Einbürgerung bei der Gruppe der Aussiedler nicht verpflichtend ist; als anerkannte Deutsche nach Artikel 116 Abs. 1 Grundgesetz sind sie ohnehin den Deutschen rechtlich gleichgestellt, ohne die deutsche Staatsangehörigkeit zu besitzen. Andererseits enthalten die Anspruchseinbürgerungen aber viele Fälle, in denen vom Erstzuzug an die melderechtliche und somit statistische Erfassung bereits mit deutscher Staatsangehörigkeit erfolgte, also eine Umsetzung nicht in Frage kommt.

Gerhard Winck

Portrait der Regionen erschienen

In Heft 9/1991 dieser Zeitschrift ist unter dem Titel "Regionalinonographie Schleswig-Holstein" ein Aufsatz erschienen, der in Mitarbeit an einem europaweiten Projekt entstanden ist: Das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften hat eine detaillierte Beschreibung der etwa 200 Regionen der zwölf Mitgliedstaaten der EG zusammengestellt. Jeder europäischen Region ist ein Kapitel gewidmet, das immer nach dem gleichen Muster aufgebaut ist und neben Karten, Grafiken und statistischen Tabellen Ausführungen zu

- geographischen Merkmalen,
- Stärken und Schwächen der Region,
- Bevölkerungsstruktur und -entwicklung,
- Arbeitsmarkt,
- Wirtschaftsstruktur und
- Umweltzustand

enthält.

Auf diese Weise wird systematisch die gesamte Europäische Gemeinschaft beschrieben: von den Regionen, die der Gemeinschaft seit ihrer Gründung angehören, bis zu den fünf neuen Bundesländern; die großen Ballungsregionen (z. B.: Ile-de-France, Greater London, Comunidad de Madrid oder Attika) ebenso wie die nur dünn besiedelten ländlichen Regionen (z. B.: Epirus, Alentejo oder Irland); die zentralen Regio-

nen ebenso wie die Randregionen (z. B.: Kanarische Inseln, Azoren oder französische Überseedepartements).

Die Beiträge stützen sich auf weitgehend vergleichbares Datenmaterial der amtlichen Statistik. Es waren — zumindest in Deutschland — auch Mitarbeiter der Statistischen Ämter, die die Beiträge erarbeitet haben. Das Portrait der Regionen ist für ein weites Publikum geschrieben. Es wendet sich an

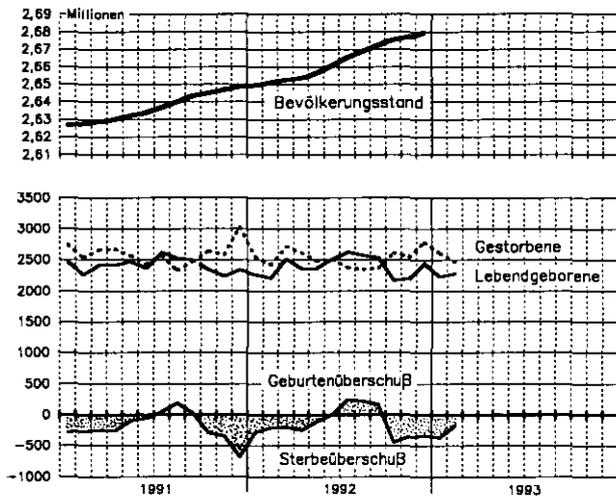
- Unternehmen und deren Verbände und Kammern,
- Verwaltungen jeglicher Regionalebene,
- Universitäten und Schulen,
- Forschungsinstitute im Bereich Wirtschaft, Geographie, Demographie, Soziologie

und letztlich an alle Menschen, die ihre Kenntnis über Europa und die Vielfalt seiner Regionen erweitern möchten.

Das Werk von insgesamt etwa 1 000 Seiten gliedert sich in drei Bände, deren erster Deutschland, Benelux und Dänemark beschreibt, deren zweiter Frankreich, Irland und das Vereinigte Königreich und deren dritter Spanien, Italien, Portugal und Griechenland beschreibt. Es ist erhältlich in Deutsch, Englisch und Französisch und kostet pro Band 100 ECU (210 DM) oder 250 ECU für alle drei Bände im Schuber, ist zu beziehen über den Buchhandel oder beim Bundesanzeiger-Verlag in Köln

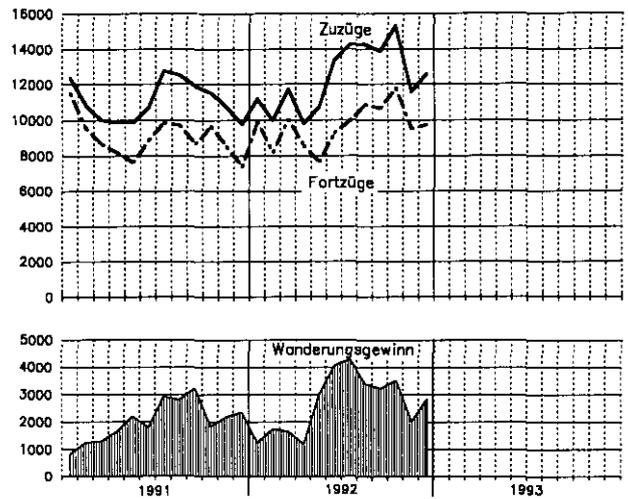
Bernd Struck

Bevölkerungsstand

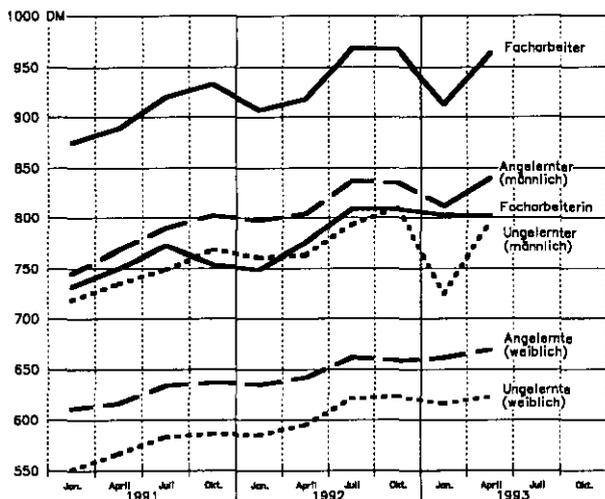


Bevölkerungsveränderung

D 6068 - A Stat.LA S-H

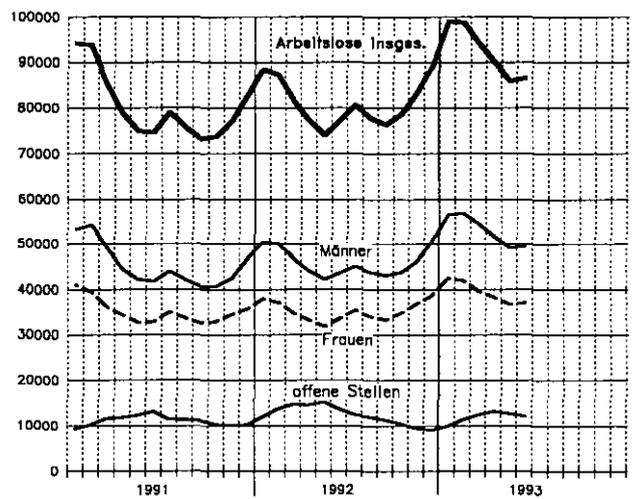


Bruttowochenverdienste

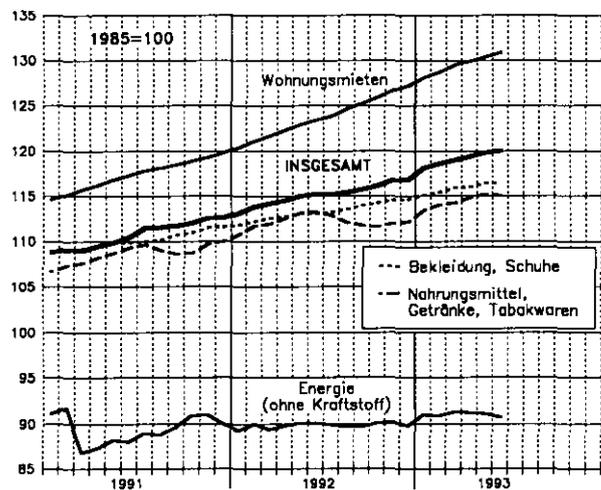


Im Oktober 1991 wurde ein neuer Berichtskreis ausgewählt. Für Vergleiche wurden Werte aus 1991 auf die neue Berichtskreisstruktur umgerechnet.

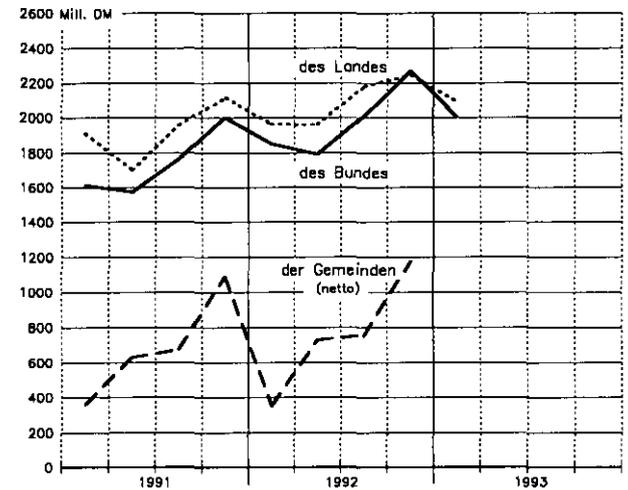
Arbeitslose



Preisindex der Lebenshaltung im Bundesgebiet

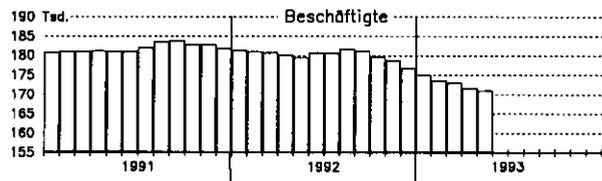
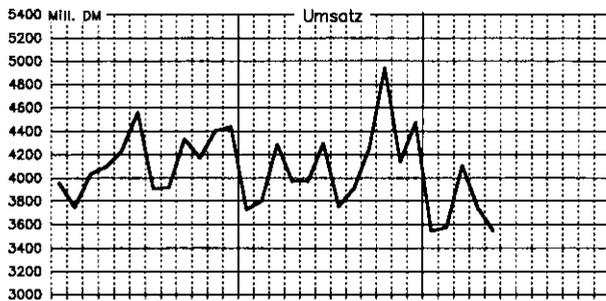


Steuereinnahmen

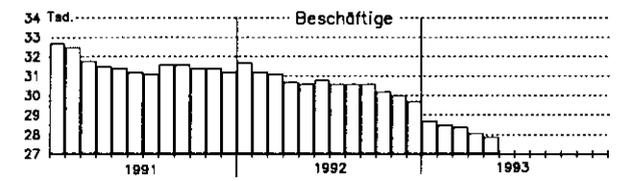
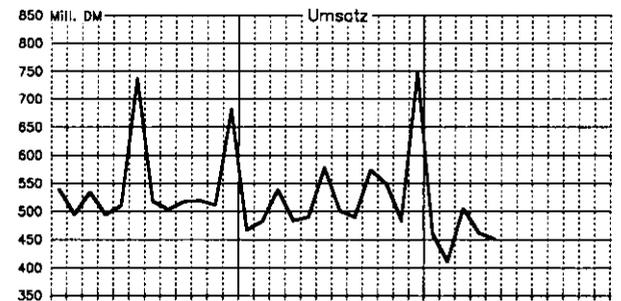


Verarbeitendes Gewerbe

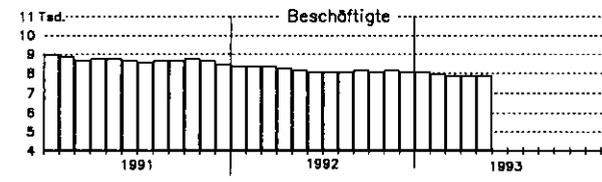
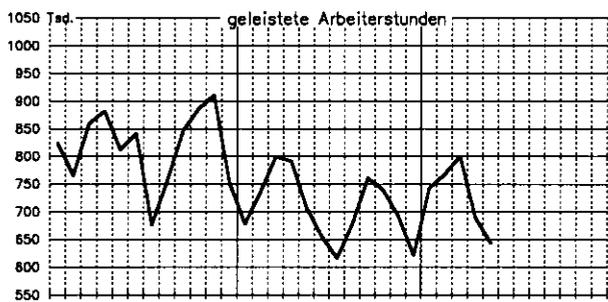
Industrie- und Handwerksbetriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten



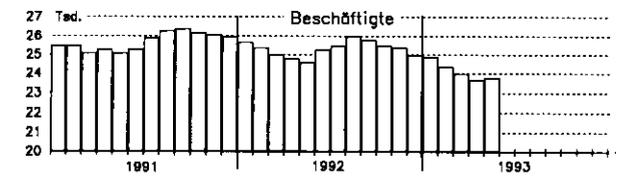
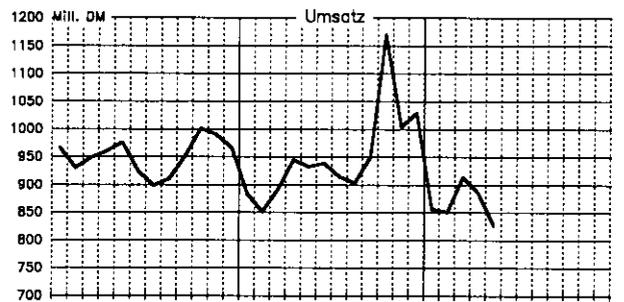
darunter Maschinenbau



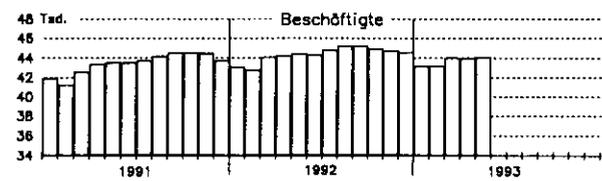
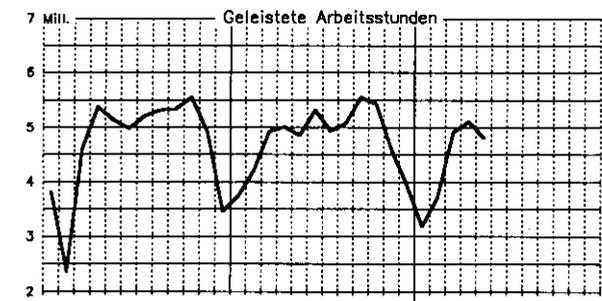
darunter Schiffbau



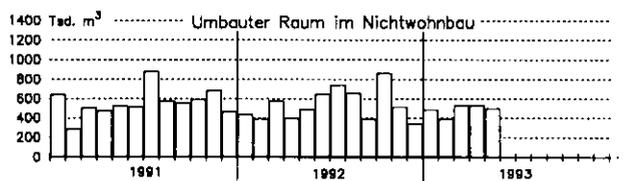
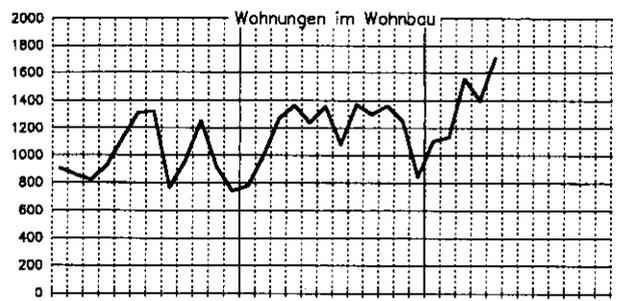
darunter Nahrungs- und Genussmittelgewerbe

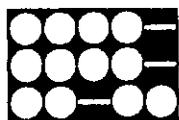


Bauhauptgewerbe



Baugenehmigungen





Zahlenbeilage

<i>Daten zur Konjunktur</i>	2
<i>Jahreszahlen</i>	4
<i>Zahlenspiegel</i>	6
<i>Kreiszahlen</i>	11
<i>Zahlen für Bundesländer</i>	12

Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

Daten zur Konjunktur Schleswig-Holstein

		Jüngster Monat		Monatsdurchschnitt	
		absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleicher Monat) in %	absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleiche Zeit) in %
VERARBEITENDES GEWERBE¹⁾					
		Mai 1993		Januar bis Mai 1993	
Beschäftigte	1 000	171	- 4,7	173	- 4,2
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Stunden	14	- 10,0	15	- 8,0
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	758	- 0,2	743	+ 0,4
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	3 547	- 10,7	3 704	- 5,8
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 846	- 8,6	2 941	- 5,3
Auslandsumsatz	Mill. DM	700	- 18,3	763	- 7,7
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	2 175	+ 3,0	2 169	- 5,3
aus dem Inland	Mill. DM	1 612	+ 8,7	1 578	- 3,5
aus dem Ausland	Mill. DM	563	- 10,4	591	- 9,9
Energieverbrauch	1 000 t SKE
BAUHAUPTGEWERBE²⁾					
Beschäftigte	1 000	44	- 0,8	44	- 0,1
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Stunden	5	- 1,0	4	- 4,4
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	163	+ 4,5	145	+ 4,4
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	541	+ 1,6	431	+ 1,3
Auftragseingang ³⁾	Mill. DM	374	+ 17,4	334	+ 11,4
BAUGENEHMIGUNGEN⁴⁾					
Wohnbau	Wohnungen	1 712	+ 38,4	1 381	+ 22,3
Nichtwohnbau	1 000 m ³ umbauter Raum	505	+ 2,2	494	+ 6,6
EINZELHANDEL					
		April 1993		Januar bis April 1993	
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1986 = 100	151,6	+ 4,1	133,4	- 0,3
GASTGEWERBE					
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1986 = 100	131,3	+ 3,3	97,7	+ 1,7
FREMDENERKEHR⁵⁾					
Ankünfte	1 000	337	- 5,9	217	+ 1,1
Übernachtungen	1 000	1 680	- 5,3	973	+ 4,4
ARBEITSMARKT					
		Mai 1993		Januar bis Mai 1993	
Arbeitslose	Anzahl	85 927	+ 16,1	93 888	+ 13,6
Kurzarbeiter	Anzahl	18 397	+ 113,3	19 977	+ 63,1
Offene Stellen	Anzahl	12 779	- 16,2	11 625	- 14,4
AUSSENHANDEL					
		März 1993		Januar bis März 1993	
Ausfuhr	Mill. DM

Fußnoten nächste Seite

Daten zur Konjunktur Land und Bund im Vergleich

Veränderung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in %

		Januar bis Dez. 1992	Juni 1992	Juli 1992	Aug. 1992	Sept. 1992	Okt. 1992	Nov. 1992	Dez. 1992	Jan. 1993	Febr. 1993	März 1993	April 1993	Mai 1993
VERARBEITENDES GEWERBE¹⁾														
Beschäftigte	Land	- 0,9	- 0,1	- 0,8	- 1,0	- 1,4	- 1,6	- 2,3	- 2,8	- 3,5	- 4,0	- 1,3	- 4,7	- 4,7
	Bund	- 2,4	- 2,0	- 2,5	- 2,7	- 3,0	- 3,5	- 3,9	- 4,5	p- 5,6	p- 6,0	p- 6,4
Geleistete Arbeiterstunden	Land	- 3,1	- 2,8	- 3,4	- 3,9	- 1,6	- 4,7	- 6,9	- 2,9	- 8,5	- 8,2	- 4,8	- 8,6	- 10,0
	Bund	- 3,8	- 4,6	- 5,4	- 6,2	- 3,0	- 6,0	- 5,7	- 3,1	p- 15,0	p- 13,7	p- 7,8
Lohn- und Gehaltssumme	Land	+ 5,4	+ 8,1	+ 6,6	+ 4,5	+ 5,8	+ 3,5	+ 5,5	+ 6,0	+ 1,3	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,5	- 0,2
	Bund	+ 3,5	+ 2,6	+ 6,0	+ 2,9	+ 3,9	+ 1,0	+ 2,0	+ 3,6	p- 2,2	p- 2,8	- 2,9
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Land	+ 0,3	- 3,8	- 2,1	+ 1,0	- 1,2	+ 15,7	- 5,0	+ 1,9	- 3,6	- 4,7	- 4,2	- 5,7	- 10,7
	Bund	+ 0,3	- 0,6	- 0,6	- 2,3	+ 3,3	- 3,3	- 4,5	+ 0,5	p- 14,3	p- 10,6	p- 4,1
Inlandsumsatz	Land	- 0,5	- 3,3	- 3,2	- 1,3	+ 1,2	+ 5,7	- 3,7	+ 1,4	- 2,5	- 5,8	- 2,9	- 6,7	- 8,6
	Bund	+ 0,4	- 1,1	- 1,1	- 2,1	+ 3,2	- 2,9	- 3,9	+ 2,9	p- 12,9	p- 11,1	p- 3,7
Auslandsumsatz	Land	+ 3,3	- 5,8	+ 3,3	+ 10,2	- 10,3	+ 57,9	- 9,7	+ 3,9	- 8,2	- 0,8	- 8,4	- 1,6	- 18,3
	Bund	+ 0,1	+ 1,0	+ 1,0	- 2,8	+ 3,5	- 4,5	- 6,3	- 5,6	p- 18,1	p- 9,2	p- 4,9
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Land	+ 0,4	+ 11,1	- 2,1	+ 9,7	+ 3,9	+ 5,8	+ 5,9	- 4,1	- 3,5	- 5,8	- 7,2	- 12,1	+ 3,0
	Bund	r- 2,3	- 2,9	- 4,4	- 7,0	+ 0,1	- 9,3	- 7,8	- 6,0	- 15,7	- 15,2	- 11,5	- 11,7	...
aus dem Inland	Land	+ 0,1	+ 16,2	- 0,5	+ 1,2	+ 4,3	- 5,9	- 8,5	- 1,0	- 8,2	- 4,4	- 2,7	- 9,7	+ 8,7
	Bund	r- 1,9	- 4,0	- 2,8	- 6,0	+ 1,4	- 7,0	- 8,7	- 2,8	- 16,3	- 17,8	- 12,7	- 14,0	...
aus dem Ausland	Land	+ 1,0	- 2,3	- 6,3	+ 36,9	+ 2,6	- 5,6	+ 43,8	- 11,8	+ 9,8	- 9,1	- 17,6	- 18,4	- 10,4
	Bund	r- 3,3	- 0,6	- 7,3	- 9,2	- 2,6	- 13,8	- 5,9	- 12,0	- 14,7	- 9,8	- 9,0	- 7,2	...
Energieverbrauch (vierteljährlich)	Land	+ 2,3	-----	-----	+ 11,2	-----	-----	+ 4,4	-----	-----	+ 1,3	-----	-----	-----
	Bund	- 4,0	-----	-----	- 1,6	-----	-----	- 4,8	-----	-----	-----	-----	-----	-----
BAUHAUPTGEWERBE²⁾														
Beschäftigte	Land	+ 2,2	+ 1,9	+ 2,5	+ 2,3	+ 1,5	+ 0,9	+ 0,6	+ 1,9	+ 0,1	+ 1,0	- 0,2	- 0,6	- 0,8
	Bund	+ 1,4	- 0,1	- 0,6	- 0,6	- 0,6	+ 1,2	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,3	p- 1,9	p+ 0,3	...
Geleistete Arbeitsstunden	Land	+ 2,6	+ 6,8	- 5,4	- 4,6	+ 4,0	- 2,1	- 6,9	+ 13,8	- 14,8	- 11,4	- 0,2	+ 2,0	- 1,0
	Bund	+ 3,4	+ 0,1	- 4,1	- 3,4	+ 3,0	- 1,2	+ 1,5	+ 17,0	- 8,3	- 11,2	p- 0,1	p- 0,3	...
Lohn- und Gehaltssumme	Land	+ 10,0	+ 14,9	+ 11,3	+ 5,2	+ 11,0	+ 0,5	+ 11,8	+ 14,6	- 1,9	+ 0,2	+ 7,4	+ 10,3	+ 4,5
	Bund	+ 9,2	+ 11,6	+ 7,6	+ 4,0	+ 8,7	+ 2,1	+ 11,8	+ 14,5	+ 0,8	+ 2,4	p+ 3,9	p+ 7,2	...
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Land	+ 8,8	+ 12,5	+ 8,1	+ 0,4	+ 4,6	+ 0,7	+ 11,9	+ 25,6	- 14,7	+ 0,5	+ 5,8	+ 7,9	+ 1,6
	Bund	+ 13,5	+ 8,7	+ 5,6	+ 10,4	+ 10,7	+ 9,1	+ 8,1	+ 26,4	+ 3,1	- 9,5
Auftragseingang ³⁾	Land	+ 11,8	+ 21,3	+ 5,5	- 8,6	+ 16,5	+ 3,7	+ 24,1	+ 9,1	+ 5,0	+ 3,8	+ 25,2	+ 2,9	+ 17,4
	Bund	+ 6,5	+ 7,6	+ 3,3	- 2,2	- 2,7	+ 1,6	+ 1,6	+ 18,7	+ 1,5	- 7,9	p+ 4,2	p+ 2,0	...
BAUGENEHMIGUNGEN⁴⁾														
Wohnbau (Wohnungen)	Land	+ 19,5	+ 3,7	- 18,1	+ 79,0	+ 35,3	+ 8,8	+ 37,0	+ 13,3	+ 42,2	+ 13,8	+ 22,6	+ 17,8	+ 38,4
	Bund	p+ 15,7	p+ 11,1	p+ 11,9	p+ 16,3	p+ 22,1	p+ 14,2	p+ 20,5	p+ 22,5	p+ 2,0	p+ 14,7
Nichtwohnbau (Umbauter Raum)	Land	- 4,0	+ 23,6	- 15,5	+ 13,2	- 30,1	+ 45,3	- 24,3	- 27,0	+ 12,1	+ 1,0	- 8,1	+ 7,8	+ 2,2
	Bund	p- 4,0	p- 2,8	p- 2,4	p- 10,9	p- 8,2	p+ 2,6	p+ 2,1	r- 9,9	p- 15,8	p+ 2,4
EINZELHANDEL														
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Land	+ 1,8	+ 2,1	- 1,4	- 3,1	+ 6,0	+ 3,1	- 2,5	+ 9,7	- 10,0	- 1,7	+ 5,2	+ 4,1	...
	Bund	+ 1,1	- 1,9	- 2,4	- 3,2	+ 6,0	+ 0,9	- 1,2	+ 7,7	- 7,9	- 5,6	+ 3,5	+ 0,7	...
GASTGEWERBE														
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Land	+ 3,8	+ 11,6	+ 6,3	+ 2,4	+ 3,5	+ 1,6	- 1,3	+ 3,2	+ 1,4	- 1,0	+ 2,3	+ 3,3	...
	Bund	+ 2,4	+ 0,5	+ 2,1	- 0,6	+ 2,5	+ 2,1	+ 1,6	+ 1,8	+ 4,0	- 1,3	+ 0,6
FREMDENERKEHR⁵⁾														
Ankünfte	Land	+ 2,3	+ 10,5	+ 1,0	+ 0,2	+ 3,0	+ 3,2	- 5,5	+ 4,1	p+ 4,6	p+ 6,5	p+ 6,6	p- 5,9	...
	Bund	...	- 1,1	- 0,4	- 2,3	+ 0,2	- 1,2	- 2,7	+ 0,4	- 1,8
Übernachtungen	Land	+ 6,7	+ 16,7	+ 6,6	+ 3,0	+ 9,1	+ 7,1	+ 2,3	+ 8,5	p+ 13,8	p+ 15,2	p+ 11,6	p- 5,3	...
	Bund	...	+ 0,8	+ 0,2	- 2,0	+ 0,1	- 1,1	- 2,5	- 0,5	+ 1,0
ARBEITSMARKT														
Arbeitslose	Land	+ 0,3	+ 3,5	+ 2,0	+ 2,6	+ 4,3	+ 6,6	+ 8,2	+ 8,3	+ 11,9	+ 13,1	+ 15,1	+ 16,3	+ 16,1
	Bund	+ 7,0	+ 7,7	+ 7,9	+ 8,9	+ 10,8	+ 14,5	+ 16,5	+ 17,0	+ 20,4	+ 22,8	+ 25,8	+ 25,7	+ 26,0
offene Stellen	Land	+ 12,9	+ 4,0	+ 8,6	+ 5,1	+ 1,2	+ 1,1	- 7,5	- 11,6	- 17,0	- 17,0	- 15,2	- 8,9	- 16,2
	Bund	- 2,4	- 2,2	- 3,3	- 4,1	- 1,8	- 9,9	- 13,5	- 17,5	- 22,6	- 25,4	- 25,3	- 23,9	- 24,1
Kurzarbeiter	Land	+ 95,9	+ 47,3	+ 43,9	+ 58,2	+ 88,9	+ 218,3	+ 247,5	+ 195,8	+ 106,4	+ 49,3	+ 22,3	+ 65,2	+ 113,3
	Bund	+ 95,2	+ 40,9	+ 8,4	- 1,3	+ 54,2	+ 88,7	+ 134,3	+ 274,7	+ 298,6	+ 318,8	+ 299,0	+ 321,8	+ 261,5
AUSSENHANDEL														
Ausfuhr	Land	+ 4,0	- 4,0	+ 8,3	+ 8,1	- 9,5	+ 4,5	+ 55,3	- 24,9
	Bund	p+ 1,3	- 3,8	+ 2,3	- 4,7	+ 5,1	+ 2,1	- 6,6	- 0,2

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1

2) Auf alle Betriebe hochgerechnete Ergebnisse

3) Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

4) Nur Errichtung neuer Gebäude

5) in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, ohne Campingplätze

Hinweis: Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet nach dem Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990. Sie schließen Berlin (West) mit ein

Jahreszahlen Schleswig-Holstein

Jahr	Bevölkerung					Im Erwerbsleben tätige Personen ¹⁾						
	Einwohner (Jahres- mittel)	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wanderungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	Produzie- rendes Gewerbe	Handel und Verkehr	übrige Dienst- leistungen	
												in 1 000
1988	2 560	6,7	10,7	11,9	- 3	12	1 135	57	339	235	505	
1989	2 574	6,7	10,6	11,9	- 3	33	1 166	52	349	242	523	
1990	2 614	7,1	11,1	12,0	- 2	34	1 234	62	352	265	555	
1991	2 636	6,9	11,0	11,8	- 2	25	1 236	57	361	258	559	
1992	1 247	59	360	262	568	

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen							Bruttoinlandsprodukt ²⁾						
	Schülerinnen/Schüler im September in				von 100 Schülerinnen/Schülern erreichten			in jeweiligen Preisen		in Preisen von 1985			je Erwerbs- tätigen Bund 3) ≈ 100	
	Grund- und Haupt- schulen	Sonder- schulen	Real- schulen	Gym- nasien	Inte- grierten Gesamt- schulen	weniger als Haupt- schul- abschluß	Haupt- schul- abschluß	mitt- leren Abschluß	Fach- hochschul- reife und allgemeine Hochschul- reife	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	Mill. DM		jährliche Zuwachs- rate in %
1988	132	12	50	64	2	10	33	31	26	75 051	5,7	70 129	3,7	95
1989	133	12	48	62	2	10	33	31	26	77 406	3,1	70 040	- 0,1	92
1990	135	12	48	62	3	10	33	31	27	84 623	9,3	73 696	5,2	92
1991	134	11	48	62	4	10	35	31	25	91 780	8,5	76 501	3,8	92
1992	135	11	48	62	6	96 635	5,3	77 328	1,1	92

Jahr	Landwirtschaft										
	Viehbestand am 3. 12.				Schlachtungen ⁵⁾		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner ⁵⁾	Rinder	Schweine	1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zucker- rüben
	insgesamt	darunter Milchkühe ⁴⁾									
1988	1 481	481	1 540	3 069	520	2 538	2 371	4 930	2 487	113	757
1989	1 491 ^{a)}	480 ^{a)}	1 451 ^{a)}	.	491	2 273	2 411	5 014	2 342	141	753
1990	1 525	472	1 445	3 343	592	2 402	2 324	4 881	2 186	139	972
1991	1 473 ^{a)}	458 ^{a)}	1 387 ^{a)}	.	735	2 161	2 326	5 005	2 257	148	768
1992	p 1 437	p 441	p 1 397	p 2 985	548	1 853	p 2 297	p 5 018	2 093	154	768

Jahr	Verarbeitendes Gewerbe ⁷⁾										Bauhaupt- gewerbe	
	Beschäftigte (Monatsdurchschnitt)		Arbeiter- stunden in Mill.	Löhne	Gehälter	Umsatz (ohne Umsatzsteuer)		Energieverbrauch				
	insgesamt	Arbeiter				ins- gesamt	Auslands- umsatz	Kohle	Heizöl	Gas		Strom ⁸⁾
	in 1 000			Bruttosumme in Mill. DM		Mill. DM		1 000 t SKE ⁹⁾			Beschäf- tigte am 30. 6. in 1 000	
1988	165	112	185	4 133	3 029	38 335	9 212	164	1 258	654	353	40
1989	169	114	186	4 325	3 245	40 969	9 833	175	1 061	676	365	40
1990	177	119	194	4 771	3 549	45 569	10 182	167	1 204	663	389	42
1991	182	122	198	5 147	3 919	49 073	10 095	174	1 250	560	399	44
1992	180	119	192	5 309	4 247	49 228	10 430	183	1 251	596	409	44

1) Ergebnisse der 12-Mikrozensus-erhebungen

2) ab 1990 vorläufiges Ergebnis

3) Bundesgebiet nach dem Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990

4) ohne Ammen- und Mutterkühe

5) ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner

6) gewerbliche und Hausschlachtungen, in- und ausländischer Herkunft

7) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

8) ohne Eigenerzeugung

9) 1 t SKE (Steinkohle-Einheit) ≈ 29 308 MJ

a) Repräsentative Viehzählung

Jahreszahlen Schleswig-Holstein

Jahr	Wohnungswesen				Ausfuhr				Fremdenverkehr ³⁾			
	zum Bau genehmigte Wohnungen 1) in 1 000	fertiggestellte Wohnungen 1)		Bestand an Wohnungen in 1 000	ins-gesamt	in EG-Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerblichen Wirtschaft	Ankünfte		Übernachtungen	
		ins-gesamt in 1 000	im sozialen Wohnungsbau 2) in %						ins-gesamt	Auslands-gäste	ins-gesamt	von Auslands-gästen
1988	7	7	24	1 132	11 087	5 492	1 724	9 277	3 193	377	17 181	711
1989	8	8	15	1 140	12 555	6 169	1 898	10 337	3 448	440	17 650	852
1990	12	8	13	1 148	11 965	6 110	1 828	10 221	3 801	479	19 390	877
1991	12	9	11	1 158	12 656	6 882	1 715	10 688	4 037	550	20 730	1 064
1992	15	12	...	1 171	p 13 161	p 6 174	p 1 751	p 11 069	4 129	492	22 116	981

Jahr	Kfz-Bestand ⁴⁾ am 1. 7.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschäden				Sozialhilfe				Kriegsopferfürsorge
	ins-gesamt	Kraft-räder	Pkw ⁵⁾	Lkw	Unfälle	Getötete	Verletzte	Spar-einlagen ⁶⁾ am 31. 12. in Mill. DM	ins-gesamt		Hilfe zum Lebensunterhalt		
									Aufwand in Mill. DM	Aufwand in Mill. DM	Empfänger in 1 000	Aufwand in Mill. DM	
1988	1 376	51	1 177	54	17 106	372	21 989	20 736	1 311,1	514,9	106,7	77,7	
1989	1 419	51	1 218	55	16 786	344	21 619	20 080	1 420,4	566,9	118,3	82,8	
1990	1 467	52	1 262	57	17 326	364	22 574	19 526	1 591,1	662,6	166,6	90,1	
1991	1 490	54	1 279	60	16 649	351	21 631	19 669	1 654,5	626,4	123,5	97,7	
1992	1 528	58	1 307	64	p 16 374	p 319	p 21 241	20 156	

Jahr	Steuern								Schulden			
	Steuereinnahmen nach der Steuerverteilung			Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Verbrauchsteuern	Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände 7)	
	des Bundes	des Landes	der Gemeinden		ins-gesamt	Lohnsteuer	veranlagte Einkommensteuer				ins-gesamt	Kreditmarktmittel
1988	5 952	6 554	2 231	3 467	7 144	5 005	1 214	460	884	18 204	3 490	2 732
1989	6 480	6 937	2 445	3 681	7 899	5 396	1 398	491	952	18 836	3 619	2 857
1990	6 094	7 176	2 431	3 630	7 890	5 310	1 506	137	966	20 128	3 794	2 957
1991	6 951	7 685	2 761	4 332	8 825	6 214	1 431	125	1 062	20 990	4 058	3 188
1992	7 919	8 351	...	4 937	10 061	7 059	1 637	117	...	22 081	4 226	3 331

Jahr	Preisindizes im Bundesgebiet					Löhne und Gehälter						
	Erzeugerpreise ⁸⁾			Lebenshaltung aller privaten Haushalte 1985 = 100	Industriearbeiter ⁹⁾		Angestellte in Industrie 9) und Handel			öffentlicher Dienst		
	gewerblicher Produkte 1985 = 100	landwirtschaftlicher Produkte 1985 = 100	für Wohngebäude 1985 = 100		Bruttowochenlohn		Bruttomonatsgehalt		Bruttomonatsgehalt ¹⁰⁾			
					ins-gesamt	Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	Männer	Frauen	kaufmännische Angestellte	technische Angestellte	Beamte A 9 (Inspektor)	Angestellte BAT VIII (Bürokräft)
1988	96,3	91,8	105,5	101,4	100,3	764	536	3 986	2 708	4 631	3 708	2 767
1989	99,3	99,8	109,4	104,2	102,6	786	552	4 126	2 823	4 779	3 759	2 805
1990	101,0	94,7	116,4	107,0	105,6	821	572	4 297	2 953	4 972	3 822	2 852
1991	103,4	94,1	124,3	110,7	108,6	866	605	4 539	3 192	5 323	4 048	3 020
1992	104,8	p 91,9	131,3	115,1	112,1	899 ^a	640 ^a	4 808 ^a	3 330 ^a	5 453 ^a	4 214	3 130

1) Errichtung neuer Gebäude 2) 1. Förderungsweg 3) Nur Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, einschließlich Kinderheime und Jugendherbergen 4) Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr 5) einschließlich Kombinationskraftwagen 6) ohne Postspareinlagen 7) einschließlich ihrer Krankenhäuser, aber ohne Eigenbetriebe und Zweckverbände 8) ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer 9) einschließlich Hoch- und Tiefbau 10) Endgehalt, die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind

a) Die Zahlen ab 1992 (neuer Berichtskreis) sind mit den davorliegenden Ergebnissen nicht voll vergleichbar

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

		1991	1992	1992			1993			
			Monats- durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT										
BEVÖLKERUNG AM MONATSENDE	1 000	2 636	...	p 2 653	p 2 654	p 2 656
NATÜRLICHE BEVÖLKERUNGSBEWEGUNG										
Eheschließungen	Anzahl	1 522	...	p 1 104	p 1 508	p 2 613
Lebendgeborene	je 1 000 Einw. und 1 Jahr Anzahl	6,9 2 411	...	p 4,9 p 2 514	p 6,9 p 2 364	p 11,6 p 2 365
Gestorbene (ohne Totgeborene)	je 1 000 Einw. und 1 Jahr Anzahl	11,0 2 600	...	p 11,2 p 2 712	p 10,8 p 2 612	p 10,5 p 2 476
darunter im ersten Lebensjahr	je 1 000 Einw. und 1 Jahr Anzahl	11,8 18	...	p 12,0 p 13	p 12,0 p 18	p 11,0 p 15
Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	je 1 000 Lebendgeborene Anzahl	7,5 - 189	...	p 5,2 p - 198	p 7,6 p - 248	p 6,3 p - 111
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	- 0,9	...	p - 0,9	p - 1,1	p - 0,5
WANDERUNGEN										
Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	11 069	...	11 732	9 795	10 702
Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	9 013	...	10 053	8 565	7 667
Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 2 056	...	+ 1 679	+ 1 230	+ 3 035
Innerhalb des Landes Umgezogene 1)	Anzahl	9 087	...	9 813	9 274	8 439
Wanderungsfälle	Anzahl	29 169	...	31 598	27 634	26 808
ARBEITSLAGE										
Arbeitslose (Monatsende)	1 000	81	81	82	77	74	99	94	90	86
darunter Männer	1 000	45	46	47	44	42	57	54	52	49
Kurzarbeiter (Monatsmitte)	1 000	5,2	10,3	15,8	13,5	8,6	21,6	19,3	22,5	18,4
darunter Männer	1 000	4,5	8,5	12,6	10,8	7,3	18,3	16,1	18,4	15,6
Offene Stellen (Monatsende)	1 000	11,0	12,5	14,8	14,6	15,3	11,4	12,5	13,3	12,8
LANDWIRTSCHAFT										
VIEHBESTAND										
Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 473 ^a	1 435 ^a
darunter Milchkühe (ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000	458 ^a	440 ^a
Schweine	1 000	1 387 ^a	1 397 ^a	.	1 406	.	.	.	1 401	.
darunter Zuchtsauen	1 000	138 ^a	140 ^a	.	139	.	.	.	134	.
darunter trächtig	1 000	96 ^a	98 ^a	.	96	.	.	.	93	.
SCHLACHTUNGEN²⁾										
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	61	46	39	44	39	37	35	32	29
Kälber	1 000 St.	1	1	0	1	1	0	0	1	1
Schweine	1 000 St.	180	154	150	142	151	161	148	151	157
darunter Hausschlachtungen	1 000 St.	1	1	1	0	0	1	1	1	1
SCHLACHTMENGEN³⁾ AUS GEWERBLICHEN SCHLACHTUNGEN²⁾										
(ohne Geflügel)	1 000 t	34,5	27,9	24,9	26,4	25,3	26,2	24,1	23,7	23,7
darunter Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	18,3	13,9	11,6	13,3	11,8	11,4	10,6	9,8	9,2
Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Schweine	1 000 t	15,8	13,7	13,0	12,8	13,3	14,5	13,3	13,5	14,3
DURCHSCHNITTLICHES SCHLACHTGEWICHT für²⁾										
Rinder (ohne Kälber)	kg	300	307	302	305	300	309	308	308	314
Kälber	kg	122	127	125	130	131	123	125	128	132
Schweine	kg	88	89	88	90	88	91	91	90	91
GEFLÜGEL										
Eingelegte Bruteier ⁴⁾	für Legehennenküken 1 000	95	101
	für Masthühnerküken 1 000	-	-
Geflügelfleisch ⁵⁾	1 000 kg	49	60
MILCHERZEUGUNG										
	1 000 t	194	191	169	200	217	172	198	206	227
darunter an Molkereien und Händler geliefert	t	95	95	95	94	97	95	94	95	97
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	13,7	14,0	12,7	14,6	15,6	14,0	14,5	15,6	16,6

1) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene 2) Bis Dezember 1984 Inlandtiere, ab Januar 1985 In- und Auslantiere 3) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien 4) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern 5) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

a) Dezember

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

		1991	1992	1992			1993			
				Monats- durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April
PRODUZIERENDES GEWERBE										
VERARBEITENDES GEWERBE¹⁾										
Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	182	180	181	180	180	174	173	172	171
darunter Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	122	119	120	119	119	113	112	111	111
Geleistete Arbeiterstunden	1 000	16 492	15 983	16 808	16 288	15 540	14 846	16 001	14 895	13 991
Lohnsumme	Mill. DM	429,0	442,4	404,3	431,4	417,8	374,8	395,3	416,8	406,3
Gehaltssumme	Mill. DM	326,6	354,0	328,8	335,4	341,4	328,3	339,0	353,5	351,3
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	2 290	2 299	2 250	2 311	2 111	2 126	2 368	2 031	2 175
aus dem Inland	Mill. DM	1 650	1 652	1 780	1 660	1 483	1 541	1 732	1 500	1 612
aus dem Ausland	Mill. DM	640	646	771	651	629	585	635	531	563
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	4 089	4 102	4 289	3 970	r 3 971	3 576	4 109	3 742	3 547
Inlandsumsatz	Mill. DM	3 248	3 233	3 298	3 239	r 3 113	2 726	3 201	3 023	2 846
Auslandsumsatz	Mill. DM	841	869	990	731	r 858	850	907	719	700
Kohleverbrauch ²⁾	1 000 t SKE	15	15
Gasverbrauch ³⁾	Mill. m ³	38,9	41,4
Stadt- und Kokereigas	Mill. m ³
Erd- und Erdölgas	Mill. m ³
Heizölverbrauch ⁴⁾	1 000 t	74	74
leichtes Heizöl	1 000 t	8	7
schweres Heizöl	1 000 t	66	67
Stromverbrauch ⁵⁾	Mill. kWh	304	311	322	313	317	302	321	308	303
Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	33	33	35	30	31	31	33	29	30
Index der Nettoproduktion für Betriebe im produzierenden Gewerbe 6)	1985 = 100	129,2	130,0	140,3	131,7	125,5	114,2	133,2	121,9	...
BAUHAUPTGEWERBE⁷⁾										
Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	43 486	44 424	44 146	44 300	44 488	43 279	44 051	44 033	44 131
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	4 676	4 796	4 922	5 010	4 854	3 722	4 912	5 109	4 806
darunter für										
Wohnungsbauten	1 000	1 872	1 971	1 991	2 064	1 986	1 573	2 047	2 166	2 019
gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	1 277	1 315	1 393	1 358	1 346	1 031	1 345	1 328	1 277
Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	1 438	1 432	1 473	1 518	1 441	1 022	1 413	1 537	1 438
Lohnsumme	Mill. DM	122,8	133,4	119,5	122,9	130,2	92,9	127,3	133,7	132,3
Gehaltssumme	Mill. DM	24,5	28,5	24,5	24,1	25,8	26,9	27,4	28,5	30,7
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	500,4	544,4	441,3	483,8	532,1	359,0	466,9	521,8	540,7
Auftragseingang ⁸⁾	Mill. DM	288,4	322,4	330,0	356,3	318,4	256,3	413,2	366,6	373,9
AUSBAUGEWERBE⁸⁾										
Beschäftigte	Anzahl	8 940	9 477	9 289	9 249	9 271	9 513	9 492	9 550	9 608
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	1 049	1 107	1 139	1 097	1 029	1 031	1 168	1 094	1 075
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	28,6	32,2	30,1	29,9	30,0	29,5	32,5	31,9	32,8
Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	91,9	104,4	90,6	89,3	96,9	66,4	90,4	86,6	87,7
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 110	2 264	2 765	2 536	2 375	2 159	2 259	2 047	1 485
Stromverbrauch (einschließlich Verluste, ohne Pumpstromverbrauch)	Mill. kWh	1 000	1 023	1 106	1 020	916	1 041	1 088	905	803
Gaserzeugung (brutto)	Mill. m ³
HANDWERK										
HANDWERK (Meßzahlen)⁹⁾				1.Vj.92			1.Vj.93			
Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) am Ende des Vierteljahres	30.9.1976 = 100	109,0	113,6	108,9	.	.	.	110,4	.	.
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj.-D 1976 = 100	212,9	228,1	189,0	.	.	.	183,8	.	.

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1 2) 1 t Steinkohle = 1 t SKE = Steinkohle-Einheit (29 308 MJ) 3) 1 000 m³ Gas (H₂ = 35,169 MJ/m³) = 1,2 t SKE 4) 1 t Heizöl, leicht = 1,46 t SKE, schwer = 1,40 t SKE 5) 1 000 kWh Strom = 0,123 t SKE 6) ohne Ausbaugewerbe, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung 7) Auf alle Betriebe hochgerechnete Ergebnisse 8) Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten 9) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

		1991	1992	1992			1993				
				Monats- durchschnitt	März	April	Maí	Febr.	März	April	Maí
BAUTÄTIGKEIT											
BAUGENEHMIGUNGEN											
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	484	606	645	601	611	548	779	654	751	
darunter mit											
1 Wohnung	Anzahl	386	482	503	489	497	440	653	514	584	
2 Wohnungen	Anzahl	52	66	80	53	60	63	67	76	97	
Rauminhalt	1 000 m³	469	565	621	613	597	525	734	649	760	
Wohnfläche	1 000 m²	86	103	114	112	110	97	135	122	146	
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	107	108	119	99	115	70	105	76	118	
Rauminhalt	1 000 m³	564	541	583	401	494	394	536	541	505	
Nutzfläche	1 000 m²	92	91	109	67	84	62	84	90	89	
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 173	1 395	1 463	1 513	1 446	1 305	1 848	1 569	1 961	
HANDEL UND GASTGEWERBE											
AUSFUHR											
Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	1 054,7	r 1 096,3	1 039,1	1 038,7	943,7	
davon Güter der											
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	164,0	r 173,9	209,6	197,5	156,4	
gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	890,7	r 922,5	829,6	841,2	787,3	
davon											
Rohstoffe	Mill. DM	15,5	r 16,4	17,6	18,8	14,1	
Halbwaren	Mill. DM	55,8	r 56,2	55,4	65,3	46,5	
Fertigwaren	Mill. DM	819,3	r 849,9	756,6	757,1	726,7	
davon											
Vorerzeugnisse	Mill. DM	114,0	r 106,7	124,7	121,4	90,9	
Enderzeugnisse	Mill. DM	705,3	r 743,3	631,9	635,7	635,8	
nach ausgewählten Verbrauchsländern											
EG-Länder	Mill. DM	573,5	r 514,6	557,0	590,0	448,9	
darunter Niederlande	Mill. DM	106,5	r 102,7	111,3	126,6	96,4	
Dänemark	Mill. DM	85,1	r 83,5	85,1	96,4	67,6	
Frankreich	Mill. DM	85,1	r 82,9	87,9	79,3	85,8	
Vereinigtes Königreich	Mill. DM	73,8	r 77,2	84,1	95,0	66,7	
EINZELHANDELSUMSÄTZE (MeBzahl)	1986 = 100	139,8	142,3	138,1	145,6	140,3	122,0	145,3	151,6	...	
GASTGEWERBEUMSÄTZE (MeBzahl)	1986 = 100	122,4	127,0	97,1	127,1	146,1	79,6	99,3	131,3	...	
FREMDEVERKEHR IN BEHERBERGUNGSRÄUMEN MIT 9 UND MEHR GÄSTEBETTEN											
Ankünfte	1 000	336	344	222	358	459	p 166	p 237	p 337	...	
darunter von Auslandsgästen	1 000	46	41	26	42	46	p 17	p 22	p 29	...	
Übernachtungen	1 000	1 728	1 843	886	1 773	2 278	p 660	p 989	p 1 680	...	
darunter von Auslandsgästen	1 000	89	82	52	84	88	p 47	p 65	p 59	...	
VERKEHR											
SEESCHIFFFAHRT¹⁾											
Güterempfang	1 000 t	1 686	
Güterversand	1 000 t	864	
BINNENSCHIFFFAHRT											
Güterempfang	1 000 t	137	139	159	144	116	
Güterversand	1 000 t	158	152	166	140	163	
ZULASSUNGEN FABRIKNEUER KRAFTFAHRZEUGE²⁾											
darunter Kraftträger	Anzahl	12 596	11 888	15 596	15 256	13 050	
Personenkraftwagen 3)	Anzahl	379	471	1 120	1 000	702	
Lastkraftwagen	Anzahl	11 169	10 444	13 217	12 926	11 293	
(einschließlich mit Spezialaufbau)	Anzahl	706	662	779	779	675	
STRASSENVERKEHR SUNFÄLLE											
Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 387	1 369	1 286	1 270	1 623	952	r 1 048	p 1 113	p 1 478	
Getötete Personen	Anzahl	29	27	22	17	40	18	r 20	p 18	p 21	
Verletzte Personen	Anzahl	1 803	1 776	1 648	1 667	2 144	1 211	r 1 357	p 1 434	p 1 922	

1) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fährverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

2) mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr

3) einschließlich Kombinationskraftwagen

		1991	1992	1992			1993				
				Monats- durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
GELD UND KREDIT											
INSOLVENZEN											
Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte, ohne Anschlußkonkurse)	Anzahl	45	46	51	34	48	62	46	56	50	
Vergleichsverfahren	Anzahl	0	0	-	-	1	-	1	2	-	
KREDITE UND EINLAGEN¹⁾											
		4-Monats- durchschnitt ³⁾									
Kredite ²⁾ an Nichtbanken insgesamt	Mill. DM	87 934	95 576	93 415	-	-	-	100 286	-	-	
darunter											
Kredite 2) an inländische Nichtbanken	Mill. DM	86 397	93 983	91 836	-	-	-	98 547	-	-	
kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	11 469	12 505	12 315	-	-	-	13 078	-	-	
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	11 243	12 182	12 047	-	-	-	12 434	-	-	
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	226	323	267	-	-	-	644	-	-	
mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	5 089	6 153	5 882	-	-	-	6 622	-	-	
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	4 109	5 034	4 735	-	-	-	5 446	-	-	
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	981	1 119	1 146	-	-	-	1 176	-	-	
langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	69 839	75 324	73 639	-	-	-	78 847	-	-	
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	51 174	55 074	53 580	-	-	-	57 818	-	-	
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	18 665	20 250	20 059	-	-	-	21 029	-	-	
Einlagen und aufgenommene Kredite ²⁾ von Nichtbanken	Mill. DM	63 561	68 591	66 345	-	-	-	70 900	-	-	
Sichteinlagen und Termingelder von inländischen Nichtbanken	Mill. DM	44 313	49 091	46 965	-	-	-	49 975	-	-	
von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	38 923	43 453	41 551	-	-	-	44 366	-	-	
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	5 390	5 638	5 413	-	-	-	5 609	-	-	
Spareinlagen	Mill. DM	19 249	19 500	19 380	-	-	-	19 969	-	-	
von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	18 946	19 221	19 092	-	-	-	19 659	-	-	
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	302	279	289	-	-	-	310	-	-	
STEUERN											
STEUERAUFKOMMEN NACH DER STEUERART											
		Vierteljahres- durchschnitt			1.Vj.92			1.Vj.93			
Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	3 454	3 912	3 615	-	-	-	3 996	-	-	
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	2 371	2 678	2 377	-	-	-	2 569	-	-	
Lohnsteuer 4)	Mill. DM	1 732	1 949	1 743	-	-	-	1 842	-	-	
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	358	409	357	-	-	-	393	-	-	
nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. DM	78	57	74	-	-	-	54	-	-	
Körperschaftsteuer 4)	Mill. DM	204	263	203	-	-	-	280	-	-	
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	1 083	1 234	1 237	-	-	-	1 427	-	-	
Umsatzsteuer	Mill. DM	722	856	887	-	-	-	1 218	-	-	
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	361	378	351	-	-	-	209	-	-	
Bundessteuern	Mill. DM	54	58	92	-	-	-	79	-	-	
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	31	29	23	-	-	-	7	-	-	
Landessteuern	Mill. DM	236	270	287	-	-	-	301	-	-	
Vermögenssteuer	Mill. DM	47	44	42	-	-	-	47	-	-	
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	92	123	129	-	-	-	135	-	-	
Biersteuer	Mill. DM	10	8	7	-	-	-	6	-	-	
Gemeindesteuern	Mill. DM	371	...	374	-	-	-	...	-	-	
Grundsteuer A	Mill. DM	8	...	8	-	-	-	...	-	-	
Grundsteuer B	Mill. DM	82	...	79	-	-	-	...	-	-	
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	266	...	273	-	-	-	...	-	-	
STEUERVERTEILUNG AUF DIE GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN											
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	1 738	1 980	1 851	-	-	-	2 002	-	-	
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	959	1 095	953	-	-	-	1 024	-	-	
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	704	802	804	-	-	-	899	-	-	
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	21	25	2	-	-	-	1	-	-	
Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	1 921	2 088	1 963	-	-	-	2 091	-	-	
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 120	1 247	1 133	-	-	-	1 236	-	-	
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	542	541	540	-	-	-	552	-	-	
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	22	30	2	-	-	-	1	-	-	
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	690	...	352	-	-	-	...	-	-	
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ⁵⁾	Mill. DM	223	...	269	-	-	-	...	-	-	
Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	349	...	- 18	-	-	-	...	-	-	

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

	1991	1992	1992			1993			
			März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
PREISE									
PREISINDEXZIFFERN IM BUNDESGBEIT* 1985 = 100									
Einfuhrpreise ⁶⁾	82,8	80,1	81,2	81,2	81,2	79,1	79,0	78,5	...
Ausfuhrpreise ⁶⁾	103,5	104,5	104,4	104,7	104,9	104,5	104,6	104,7	...
Preisindex für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes ⁶⁾	91,0	89,9	90,3	90,5	90,7	88,6	88,5	88,2	...
Erzeugerpreise									
gewerblicher Produkte ⁶⁾	103,4	104,8	104,6	104,9	105,1	104,8	104,9	105,0	104,8
landwirtschaftlicher Produkte ⁶⁾	94,1	...	97,9	97,3	96,7	p 87,0	p 88,4
Preisindex für Wohngebäude, Neubau, Bauleistungen am Gebäude	124,3	131,3	.	.	131,0	135,4
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) ⁶⁾	98,3	...	101,8	102,4	102,6	100,5	101,2
Einzelhandelspreise	107,1	109,8	109,4	109,7	110,2	111,7	111,9	112,2	112,4
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	110,7	115,1	114,2	114,5	115,0	118,6	119,0	119,4	119,8
darunter für									
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	108,6	112,1	111,9	112,5	113,1	114,0	114,2	114,8	115,2
Bekleidung, Schuhe	110,1	113,3	112,5	112,7	113,0	115,4	115,9	116,0	116,4
Wohnungsmieten	117,3	123,8	121,7	122,3	122,9	128,7	129,5	129,9	130,4
Energie (ohne Kraftstoffe)	89,4	89,8	89,4	89,8	90,1	90,9	91,3	91,2	91,1
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	110,5	114,4	113,4	113,8	114,2	116,9	117,2	117,5	118,0
LÖHNE UND GEHÄLTER									
- Effektivverdienste in DM -									
ARBEITER IN INDUSTRIE UND HOCH- UND TIEFBAU									
Bruttowochenverdienste		a)		a)				a)	
männliche Arbeiter	866	899	.	873
darunter Facharbeiter	907	948	.	918
weibliche Arbeiter	605	640	.	627
darunter Hilfsarbeiter	578	610	.	595
Bruttostundenverdienste									
männliche Arbeiter	21,82	22,93	.	22,35
darunter Facharbeiter	22,98	24,31	.	23,68
weibliche Arbeiter	15,64	16,74	.	16,36
darunter Hilfsarbeiter	14,88	15,88	.	15,50
Bezahlte Wochenarbeitszeit									
männliche Arbeiter (Stunden)	39,7	39,2	.	39,0
weibliche Arbeiter (Stunden)	38,7	38,2	.	38,3
ANGESTELLTE, BRUTTOMONATSVERDIENSTE									
in Industrie und Hoch- und Tiefbau									
Kaufmännische Angestellte									
männlich	5 254	5 577	.	5 488
weiblich	3 672	3 867	.	3 774
Technische Angestellte									
männlich	5 393	5 712	.	5 610
weiblich	3 629	3 854	.	3 748
in Handel, Kredit und Versicherungen									
Kaufmännische Angestellte									
männlich	4 190	4 475	.	4 426
weiblich	2 967	3 132	.	3 089
Technische Angestellte									
männlich	4 198	3 946	.	3 930
weiblich	(2 629)	3 094	.	3 166
in Industrie und Handel zusammen									
Kaufmännische Angestellte									
männlich	4 539	4 808	.	4 751
weiblich	3 192	3 330	.	3 275
Technische Angestellte									
männlich	5 323	5 453	.	5 362
weiblich	3 612	3 725	.	3 652

1) Bestand an Krediten und Einlagen am Monatsende. Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter. Ab 1. 1. 1986 einschließlich Raiffeisenbanken 2) einschließlich durchlaufender Kredite 3) Durchschnitt aus den Beständen in den Monaten März, Juni, September, Dezember 4) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung 5) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage 6) ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer

a) Die Zahlen ab Januar 1992 (neuer Berichtskreis) sind mit den davorliegenden Ergebnissen nicht voll vergleichbar

Hinweis: *) Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet nach dem Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990. Sie schließen Berlin (West) mit ein

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 30. 11. 1992			Bevölkerungsveränderung im November 1992			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Mai 1993 (vorläufige Zahlen)		
	Insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevölke- rungs- zunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²⁾	Verletzte
		Vormonat	Vorjahres- monat 1)						
FLensburg	87 575	- 0,1	+ 0,4	- 23	- 37	- 60	34	1	35
KIEL	249 159	+ 0,1	+ 0,8	27	300	327	140	-	164
LÜBECK	217 557	- 0,1	+ 0,8	- 66	- 74	- 140	113	-	134
NEUMÜNSTER	81 769	+ 0,0	+ 0,8	3	26	29	39	-	44
Dithmarschen	131 360	+ 0,1	+ 1,0	- 19	101	82	79	1	106
Hzgt. Lauenburg	164 328	+ 0,1	+ 1,5	- 29	242	213	85	-	117
Nordfriesland	155 121	- 0,0	+ 0,8	4	- 49	- 45	96	2	131
Ostholstein	193 256	+ 0,1	+ 1,1	- 61	248	187	103	-	138
Pinneberg	275 784	+ 0,1	+ 1,4	- 21	238	217	152	1	187
Plön	122 958	- 0,1	+ 0,5	19	- 180	- 161	95	2	132
Rendsburg-Eckernförde	251 661	+ 0,1	+ 1,1	- 44	260	216	140	5	186
Schleswig-Flensburg	182 417	- 0,1	+ 0,6	- 36	- 118	- 154	82	1	131
Segeberg	227 630	+ 0,1	+ 1,7	- 63	213	150	141	2	189
Steinburg	133 609	+ 0,5	+ 3,1	- 45	724	679	70	1	89
Stormarn	202 862	+ 0,1	+ 1,2	- 3	163	160	109	5	139
Schleswig-Holstein	2 677 046	+ 0,1	+ 1,1	- 357	2 057	1 700	1 478	21	1 922

KREISFREIE STADT Kreis	Verarbeitendes Gewerbe ³⁾			Kraftfahrzeugbestand ⁵⁾ am 1. 1. 1993		
	Betriebe am 31. 5. 1993	Beschäftigte am 31. 5. 1993	Umsatz ⁴⁾ im Mai 1993 Mill. DM	Insgesamt	Pkw ⁶⁾	
					Anzahl	je 1 000 Einwohner ⁷⁾
FLensburg	74	9 266	229	41 936	37 181	425
KIEL	130	20 410	325	116 556	103 614	416
LÜBECK	138	19 176	340	103 290	91 725	422
NEUMÜNSTER	74	9 080	109	43 534	38 462	470
Dithmarschen	76	7 041	316	81 311	66 523	506
Hzgt. Lauenburg	110	8 160	138	98 753	85 441	520
Nordfriesland	55	3 232	81	97 374	79 924	515
Ostholstein	89	6 679	151	110 873	95 316	493
Pinneberg	211	20 536	444	158 377	137 701	499
Plön	47	3 113	53	70 739	59 926	487
Rendsburg-Eckernförde	136	9 423	166	150 688	126 726	504
Schleswig-Flensburg	79	5 210	111	112 859	92 291	506
Segeberg	204	20 148	421	151 520	129 689	570
Steinburg	83	9 052	212	79 579	65 973	494
Stormarn	181	20 716	451	127 500	111 764	551
Schleswig-Holstein	1 687	171 242	3 547	1 544 889	1 322 256	494

1) nach dem Gebietsstand vom 30. 11. 1992 2) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen
3) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 4) ohne Umsatzsteuer 5) Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr 6) einschließlich Kombinationskraftwagen 7) Bevölkerungsstand: 30. 11. 1992

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit Kreiszahlen erscheint in Heft 5 und 11

Zahlen für Bundesländer

Bundesland	Bevölkerung		Arbeitsmarkt					Verarbeitendes Gewerbe ²⁾		
	Einwohner am 30. 6. 1992		Arbeitslose Ende Mai 1993			Kurz- arbeiter Mitte Mai 1993	offene Stellen Ende Mai 1993	Beschäftigte am 31. 12. 1992		Umsatz ³⁾ im Dezember 1992
	in 1 000	Ver- änderung 1) %	in 1 000	Ver- änderung 1) %	Arbeits- losen- quote %			in 1 000	in 1 000	Mill. DM
Baden-Württemberg	10 075,2	+ 1,9	265,5	50,0	5,9	248,1	41,9	1 457	31 292	28
Bayern	11 670,9	+ 1,3	289,3	35,3	5,7	170,5	69,7	1 404	28 677	29
Berlin	3 454,2	+ 0,5	207	5 726	13
Brandenburg	2 527,3	- 1,4	173,5	- 3,1	14,7	31,0	5,3	139	1 372	8
Bremen	684,4	+ 0,2	35,3	14,0	11,9	8,5	2,1	81	2 547	27
Hamburg	1 675,2	+ 0,9	61,0	7,1	8,3	18,3	4,8	132	8 702	12
Hessen	5 876,5	+ 1,5	167,1	28,4	6,6	87,6	21,9	625	12 594	27
Mecklenburg-Vorpommern	1 883,3	- 1,3	148,1	- 9,5	17,1	12,5	4,3	54	773	10
Niedersachsen	7 521,2	+ 1,3	289,2	23,6	9,2	112,8	28,4	654	16 931	27
Nordrhein-Westfalen	17 585,4	+ 1,0	679,9	21,4	9,3	200,9	57,6	1 927	41 278	26
Rheinland-Pfalz	3 852,2	+ 1,8	109,9	33,9	7,0	42,6	22,8	374	8 423	33
Saarland	1 078,8	+ 0,4	45,8	22,4	10,8	19,1	3,1	131	2 575	28
Sachsen	4 663,5	- 1,3	298,1	- 3,0	14,0	72,3	10,4	273	2 852	16
Sachsen-Anhalt	2 810,0	- 1,4	215,0	- 0,2	16,4	51,2	7,4	181	2 158	16
Schleswig-Holstein	2 660,6	+ 1,0	85,9	16,1	7,6	18,4	12,8	177	4 478	21
Thüringen	2 551,1	- 1,6	183,2	- 1,5	15,5	42,3	5,3	135	1 238	13
Bundesrepublik Deutschland	80 569,7	+ 0,8	7 951	171 615	26
Nachrichtlich:										
Alte Bundesländer (einschl. Berlin-West)	64 847,0	+ 1,3	2 147,9	26,0	7,8	938,7	271,5	7 123	162 696	26
Neue Bundesländer (einschl. Berlin-Ost)	15 722,8	- 1,2	1 096,6	- 4,6	15,1	215,1	36,0	828	8 919	14

Bundesland	Dauergewerbe		Wohnungs- wesen		Fremdenverkehr ⁵⁾ im Januar 1993		Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden ⁶⁾ im März 1993				
	Beschäftigte am 28. 2. 1993	baugewerblicher Umsatz ³⁾ im Februar 1993	Zahl der genehmigten Wohnungen im Februar 1993	Ankünfte	Übernachtungen	Unfälle		Verunglückte			
						Anzahl	Ver- änderung 1) %	Anzahl	Ver- änderung 1) %		
	in 1 000	Mill. DM	Ver- änderung 1) %	Anzahl	Ver- änderung 1) %	Anzahl	Ver- änderung 1) %	Anzahl	Je 100 Unfälle		
Baden-Württemberg	176	1 517	- 9,5	6 947	578 312	2 214 238	+ 1,2	2 991	- 4,6	4 026	135
Bayern	215	1 589	- 7,4	7 309	1 079 763	4 365 329	+ 5,0	3 617	- 15,7	5 102	141
Berlin	63	652	+ 8,9	...	172 618	424 450	- 8,2	1 104	- 14,2	1 366	124
Brandenburg	52	291	+ 9,1	...	51 893	161 344	- 4,5	929	- 3,0	1 231	133
Bremen	11	99	+ 9,1	275	34 324	66 095	+ 1,0	263	- 1,1	319	121
Hamburg	22	273	+ 3,7	565	129 855	239 305	- 6,7	677	- 4,4	884	131
Hessen	89	743	+ 12,0	2 996	502 711	1 736 331	- 2,6	1 947	- 13,2	2 678	138
Mecklenburg-Vorpommern	41	231	+ 36,7	...	75 639	218 211	+ 33,4	653	- 1,4	894	137
Niedersachsen	114	915	- 11,1	4 125	432 053	1 404 750	+ 2,0	2 897	- 11,1	4 001	138
Nordrhein-Westfalen	235	2 101	- 12,3	5 486	766 326	2 353 971	+ 0,0	5 769	- 3,4	7 468	129
Rheinland-Pfalz	59	503	- 10,4	2 036	228 195	820 908	- 8,5	1 260	- 5,4	1 701	135
Saarland	17	119	- 17,3	325	31 787	112 731	- 8,4	374	- 6,0	485	130
Sachsen	82	455	+ 9,4	...	128 752	398 361	+ 1,3	1 179	- 1,9	1 517	129
Sachsen-Anhalt	81	495	+ 59,6	...	66 726	191 178	+ 19,4	871	- 5,1	1 145	131
Schleswig-Holstein	43	359	+ 0,5	1 305	127 005	560 891	+ 13,2	1 048	- 18,5	1 377	131
Thüringen	54	294	+ 18,4	...	100 916	306 372	+ 15,9	693	- 2,9	930	134
Bundesrepublik Deutschland	1 354	10 635	- 4,1	...	4 506 875	15 574 545	+ 1,7	26 519	- 8,5	35 443	134
Nachrichtlich:											
Alte Bundesländer (einschl. Berlin-West)	1 023	8 640	- 9,5	p 31 844	4 041 117	14 188 578	+ 1,0	21 814	- 9,5	29 256	134
Neue Bundesländer (einschl. Berlin-Ost)	331	1 996	+ 29,2	...	465 758	1 385 967	+ 9,9	4 705	- 3,5	6 187	131

1) gegenüber Vorjahresmonat 2) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 3) ohne Umsatzsteuer 4) Anteil des Auslandsumsatzes am gesamten Umsatz in % 5) in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Betten 6) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“.

Allen Berechnungen liegen die ungerundeten Werte zugrunde.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung.

Zeichenerklärung

- = nichts vorhanden
- 0 = mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle dargestellten Einheit
- . = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- ... = Zahlenangaben lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor
- r = berichtigte Zahl
- p = vorläufige Zahl
- s = geschätzte Zahl
- X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- / = Zahlenwert nicht sicher genug
- () = Zahlen haben eingeschränkte Aussagefähigkeit
- ≐ = entspricht

**Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel**